

gegen

Macht Nix!

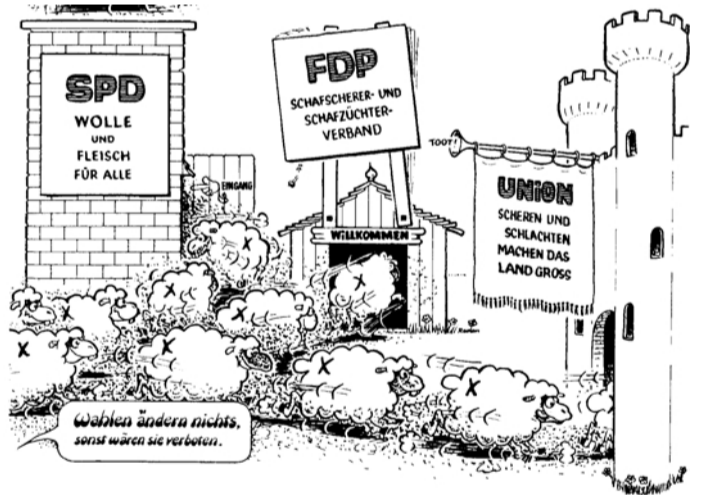
Herrschaft,

Wahlen,

Wir leben im Jahr ... eigentlich egal, es kommt ständig vor: Wieder mal Wahlen. Wieder mal nachdenken, wer uns regiert – und vergessen, ob wir überhaupt regiert werden wollen. Diesmal noch, um das und das zu erreichen oder zu verhindern. Danach können wir ja andere Sachen machen ... so schleppt es sich hin. Demokratie hält uns davon ab, die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. Dabei ist ein Kreuz auf der Castorstrecke schon soviel geiler als auf dem Wahlzettel – „es kommt drauf an, wo Sie Ihr Kreuz machen“ ... mal anders gedacht. Und wieviel schöner ist eigentlich, sich die Welt anzueignen für ein Leben ohne Herrschaft und Verwertung? Zuerst quadratmeterweise – Häuser, Reclaim-the-Streets, Plätze, Züge, Fabriken (aneignen statt um mehr Geld betteln!!!). Und dann ganze Stadtteile, Orte. Staatsfreie Zonen, von denen bunte Widerständigkeit ausgeht. Ach ja ... es wäre wirklich schön. Darum:

Macht was!

demokratie

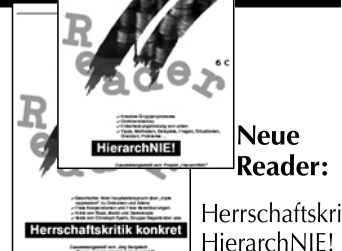


www.wahlquark.de.vu

V.i.S.d.P. Greschka Schreiberwelle
Zusammengestellt in der Projektwerkstatt
Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen
Die Texte stammen von verschiedenen Aktivistinnen u.a. aus Anti-Atom-Gruppen und der Diskussion im Hoppetosse-Netzwerk für kreativen Widerstand.

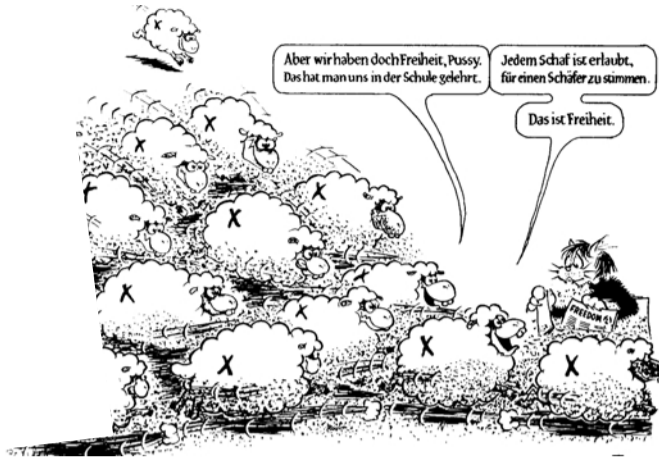
Aktion statt Spenden! Oder beides ...
Eine Variante: Die Pro-Demokratie-Aktion von Attac und Gewerkschaften am 14.9. wird von Papi Staat mit über 100.000 Euro gefördert – die Gewerkschaften werden für Rotgrün, Attac für die Tobin Steuer werben. Die andere: Herrschaftskritische Positionen haben bei Papi keine Chance, wir wollen auch keine Papi-Figuren. Wir brauchen nicht viel Geld, da wir nicht mit Einheitsfahnen, Einheitspressesprecher, Einheit überall antreten und uns mehr selbst organisieren, d.h. kreativ agieren. Doch ein bißchen wäre nett ... für diese Zeitung und Materialien für kreative Aktionen. Daher unser Spendenkonto:
„Förderverein/Spenden&Aktionen“
Nr. 92881806
Volksbank Gießen, BLZ 513 900 00
Wer eine Spendenquittung will, sollte das mit Adresse und Namen auf dem Ü-Schein oder besser direkt an uns mitteilen.

Die Zeitung ist abgefahren. Ich will mehr!
O.K. Das ist kein Problem. Solange wir welche haben, verschicken wir die auch. Nett wäre, wenn Ihr ein bißchen Kohl aufbringen könntet. Richtwert: 20 Cent pro Exemplar – plus Porto. Rechnungen können wir ausstellen. Bestelladresse ist: Greschka Schreiberwelle, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, 06401/90328-3, Fax -5, projektwerkstatt@apg.lahn.de.
Wichtig bei Mengen über 10 Stück: Paketfähige (nicht: Postfach!) Adresse angeben, wenn nötig mit Zusatztipp (x.ter Stock, bei blabla klingeln u.ä.) und Telefonnummer (damit Paketdienst auch anrufen kann). Und fürs Porto sparen: Wer noch Bücher und Materialien mitbestellen will, sollte das dann gleich mit angeben. Die Materialienliste befindet sich auf der letzten Seite der BewegungsmelderIn – dabei auch gute Materialien für Büchertische.



Neue Reader:

Herrschaftskritik konkret: Analysen, Texte, Alternativen ... A4, 6 €
HierarchNIE! Dominanz in Gruppen, Entscheidungsfindung von unten ... A4 6 €



gegen

POLITBEBEN

jeden Monat
aktuelle Beilage!

Juli
August
September

herrschaft,

wahlen,

POLITBEBEN FACTS

REGELMÄßIGE TERMINE

Der beigelegte Terminkalender lebt von euren Terminen. Er ist ein Versuch alle politischen Veranstaltungen, Treffen und Ankündigungen für Marburg und Umgebung auf einen Blick verfügbar zu machen.

Termine, die in dem Terminkalender-Teil des Politbebens stehen sollen, können an polit-holy-guns@gmx.net geschickt werden.

Um mitmachen zu können gibt es an jedem **Open Forum** einen AK Politbeben, welcher sich über die Zukunft dieses Termine- und Zeitungsprojektes beschäftigen wird.

Das **Open Forum** findet jeden ersten Mittwoch im Monat ab 19 Uhr statt. In der Regel im Bettenhaus / Emil-Mannkopff-Str.6 (nahe Café-Trauma).

Wer in irgendeiner Weise das Politbeben unterstützen will, kann sich einfach per Mail melden.



Radio Unerhört Marburg 90,1 MHz - Info-Café
jeden letzten Freitag im Monat 16.00h
im Radio Unerhört, Rudolf-Bultmann-Str. 2b
www.radio-rum.de www.zip-fm.de

Klärwerk - Nachrichten
Freitags 19-20 Uhr auf RUM 90,1 MHz
Inforedaktion: klaerwerk@radio-rum.de

Fanal - Soziale Bewegungen im Zeitalter der Globalisierung
2. & 4. Sonntag 16-18 Uhr auf RUM

Bunte Hilfe - Keine Panik!
1. Montag im Monat 19-20h auf RUM

Radio Marimba - Die Weltladen-Sendung
2. Mittwoch im Monat 19-20h auf RUM

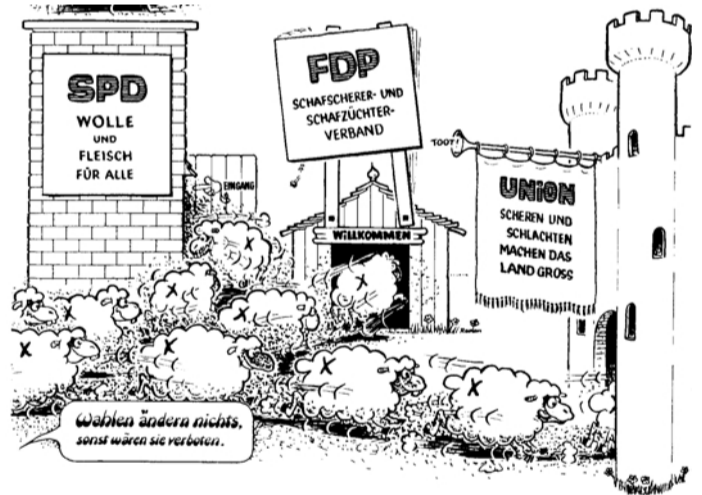
Äthertruden - Die FrauenLesben Redaktion,
2. und 4. Donnerstag im Monat 19-20 Uhr auf RUM

- Feministisches Archiv**
Montag 16-18 Uhr, Mittwoch 12-16 Uhr & Freitag 13-15 Uhr
AStA-Flur, Erlenring 5
- DFG/VK - Deutsche Friedens Gesellschaft**
Montag 20.30 Uhr - im KFZ (Hintereingang)
- FrauenLesben-Café**
Dienstag 20-22 Uhr & Mittwoch 14-18 Uhr
AStA-Flur, Erlenring 5
- Arbeitskreis Erwerbslosen**
Dienstag - 11 h: Frühstück - 14 h: Treff
Mittwoch - 11 h: AG zu politischen Themen
14 h: Organisationsplenum
Donnerstag - 11 h: Treff - 19 h: Beratung
DGB-Haus, Krumbogen 2
- Critical Mass** - 'zufälliges' Fahrradfahren auf Marburgs Straßen
jeden 1. Mittwoch im Monat um 17 Uhr an der Stadthalle, Biegenstraße
www.nichtwissen.de
- Open Forum**
jeden 1. Mittwoch im Monat ab 19 Uhr
Bettenhaus, Emil-Mannkopff-Str. 6 (neben Café-Trauma)
www.nichtwissen.de
- Aktion Zuflucht** - Flüchtlingsberatung
Donnerstags 18-19 Uhr
Infoladen Marburg Metzgergasse 1b
- VoKü** - Essen für Alle - Preis nach Selbsteinschätzung
jeden Freitag 20 Uhr
Café am Grün / Marburg
- Jugend-Antifa-Café**
Samstags 16-18 Uhr
Infoladen Marburg Metzgergasse 1b
www.antifaschistinnen.de

EXTRA - ANKUNDIGUNG

- 14.9. in Gießen ganztags:
Anti-Wahl-Aktionstag
12 Uhr ab Berliner Platz:
Antirassistische Demo
- Vorbereitungstreffen: Donnerstag, 11. Juli, 20 Uhr**
Infoladen Gießen, Alter Wetzlarer Weg 44
Überregionales Treffen und Direct-Action-Workshops: Sonntag 11. August ab 13 Uhr, s.o.
Vorbereitungstag: (Trainieren, Üben, Basteln usw.)
Freitag, den 13.9. in der Projektwerkstatt Saasen (per Bahn von Gießen aus gut erreichbar, auch morgens zum Aktionstag kein Problem ... Übernachtung in der Projektwerkstatt möglich)

demokratie



INTRO

Eine Zeitung gegen Wahlen? Aber das ist doch das einzige an Mitbestimmung, was in der Demokratie bleibt ...

Eben! Weil die Demokratie ein System ist, in dem es

keine tatsächliche Mitbestimmung gibt, sondern nur das Wählen derer, die einen beherrschen, lehnen wir auch die Wahl ab. Es ist Akzeptanzbeschaffung, nichts mehr. Zudem stehen nur ziemlich ähnliche Alternativen zur Wahl. Eben Parteien, die demokratisch regieren wollen. Das ist kein Zufall, sondern System. Darum ist auch da Besserung gar nicht möglich. Wir träumen von etwas ganz anderem. Wahlen sind die Chance, das öffentlich zu benennen, Diskussionen anzuzetteln, Gegenmodelle aufzubauen und die Herrschaftssysteme anzugrei-

fen. Davon handelt diese Zeitung. Sie stellt Argumente gegen Herrschaft, Demokratie und Wahlen zusammen, gibt Aktionsideen weiter, die sich hier gesammelt

leider nicht die letzten sein. Darum gilt alles weiter – auch die Internetseite www.wahlquark.de.vu, auf der wir weitere neue Ideen und Berichte zusammenstellen werden. Mitwirkung erwünscht. Und nun ... loslegen. Laßt uns Wahlen zu Festen

Sie haben die Wahl!

○ SPD, NPD, Nike, CDU/CSU, FDP, Attac, B'90/Grüne, Markt, ÖkoLi, Schillpartei, DVU, Verdi, Staat, PDS, Deutsche Biertrinker-Union

oder

○ Selbstbestimmtes Leben, herrschaftsfreie Gesellschaft, Selbstorganisation, kreativer Widerstand, Kooperation statt Konkurrenz

Immer!

haben. Und berichtet über Hintergründe

und Alternativen – Netzwerke, die an einer „Gesellschaft von unten“ werkeln. Die Zeitung ist entstanden vor der Bundestagswahl 2002. Aber diese Wahlen werden

gegen Herrschaft und für eine bunte Welt der Selbstbestimmung machen!

WÄHLEN. BOYKOTTIEREN. SABOTIEREN.

Wahlen stehen an. In diesem Text geht es zunächst einmal um die Frage, was an Wahlen auszusetzen ist, vor allem im Rahmen ei-

über die Köpfe anderer hinweg treffen und durchsetzen zu können, deren Folgen von ganz anderen Menschen getragen werden müssen. Autobahnen, Atomkraftwerke würden nicht gebaut, wenn die dort lebenden Menschen selbst entscheiden dürften. Unterschiede der Menschen werden benutzt, um Abhängigkeitsverhältnisse zu etablieren, die im Sinne des Auf- bzw. Abwertens von Menschen eingesetzt werden. Herrschaft festigt sich in bewertenden Denkschemata und in konkurrierendem Verhalten. Demgegenüber steht das Zusammenleben in Kooperation, wo-

derswo vorhat Herrschaftsamt ihren Strukturen sind keine neutralen Mittel. Dass die PDS sich wie die SPD und Grünen (nur noch schneller) ans herrschende System angleichen wird, ist nicht auf individuelles Versagen oder moralischen Verfall zurück zu führen, sondern die konsequente Folge von finanziellen Abhängigkeiten, Sachzwängen, Erwartungshaltungen und dem Interesse am Machterhalt an sich. All das ist im System strukturell verankert.



ner umfassenden Kritik an Herrschaftsstrukturen. Der zweite Teil beschäftigt sich kritisch mit den Argumentationen von „links“, die sich für Wahlbeteiligung aussprechen. Im abschließenden dritten Teil geht es dann darum, welche Formen des Widerstands und der inhaltlichen Vermittlung denkbar sind und wie sie sich kombinieren lassen. Wie stehen Wahlboykott und Antiwahl zueinander? Was können wir tun?

1. Aspekte einer Wahl-, Parlamentarismus und Herrschaftskritik

Kritik an Wahlen hat eine lange historische Tradition, vor allem von anarchistischer Seite. Die hier aufgezählten Aspekte sind sicher unvollständig; sie spiegeln das wieder, was für uns Aktionen gegen Wahl und Herrschaft ausmachen sollte. Sie sind für euch hoffentlich weniger rein theoretisches Wissen, sondern ein Hintergrund für Protest, kreative Aktionen und Gegenöffentlichkeit. Denn ohne klare Positionen macht es keinen Sinn, in die öffentliche Debatte einzugreifen. Antiwahlaktionen sind „nur“ so gut, wie sie die Kritik an Herrschaft und eure Gegenbilder dazu vermitteln!

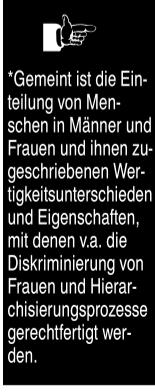
Stellvertretung, Wahlen und Herrschaft als Prinzip angreifen

Es geht nicht darum, welche Partei wählbar, „links“ oder richtig ist. Das Problem ist, dass es Parteien gibt, dass es Regierungen und Apparate gibt, welche ihre Interessen gewaltsam durchsetzen können. Selbst wenn Herrschaft „gute“ Ergebnisse produziert, ändert sich neben Details am Ganzen nichts, d.h. die autoritäre Ebene bleibt: Auch die Förderung so sinnvoller Technologien wie Windrädern ist scheiße, wenn sie gegen den Willen der Bevölkerung und Naturschutz-Argumente in die Landschaft gesetzt werden können. Daher: Weg mit allen abgehobenen Gremien, erweiterten Entscheidungsbefugnissen und Durchsetzungsmöglichkeiten! Keine Stellvertretung!

Herrschaft demaskieren
Wahlen stützen ein System, dass auf Herrschaft beruht. Herrschaft bedeutet u.a., Entscheidungen

durch Abhängigkeitsverhältnisse – wie Lohnarbeit – abgebaut werden können und natürliche Abhängigkeiten – wie die Nahrungsmittelproduktion – nicht in Hierarchien münden müssen. Wahlen eignen sich als Aufhänger für Aktionen, weil sie in der demokratischen Propaganda als der Ausdruck von Freiheit schlechthin dargestellt und als zentrales Unterscheidungskriterium in Abgrenzung zu totalitären Staaten herangezogen werden. Tatsächlich täuschen Wahlen nur darüber hinweg, dass alles Wesentliche nicht von den Menschen entschieden werden kann. Im Gegensatz zur Diktatur beschafft sich die Demokratie über Wahlen und damit verbundenen Mythen die Akzeptanz der Menschen.

Wichtig dabei ist, sich nicht auf Wahl und staatliche Herrschaft zu beschränken, sondern in all ihren Formen zu benennen & die dahinter stehenden Logiken anzugreifen: Die Eigentums- und Wertungslogik des Marktes, Normierungen, der Terror der er-



zwungenen Zweigeschlechtlichkeit* Diskriminierung und Unterdrückung aufgrund des Alters, patriarchale Strukturen, Psychatrisierung, (Sozial-)Rassismus, Kolonialismus, ExpertInnen-tum usw.

Herrschaft zerschlagen statt erobern!

Herrschaft ist kein Weg zur Herrschaftsfreiheit! Vor diesem Hintergrund ist es wichtig zu zeigen, wie Herrschaft die verändert, die mit ihr die Welt verändern wollten, wie es die zahlreichen „linken“ Parteien in D-Land und an-

Zudem basiert die Idee, dass es wichtig sei, selbst an den „Schalthebeln“ der Macht zu sitzen, auf der vereinfachenden Vorstellung, Herrschaft sei lokalisierbar, wahlweise als Kapital oder die Herrschenden usw. Neben der Fixierung auf den Staat wird dabei verkannt, dass Herrschaft nicht auf Hauptwidersprüche oder zentrale Instanzen zurückgeführt werden kann, sondern ein durchgängiges Prinzip darstellt, dass die gesamte Gesellschaft durchzieht. Widerstand gegen Herrschaftsverhältnisse muss also die Logiken von Herrschaft in all ihren Ausformungen angehen.

Alle historischen Beispiele – und davon gibt es bereits zu viele! – belegen, wie der Aufstieg zur Macht sich auswirkt, wie sich Menschen von den ursprünglichen Zielen entfernen, sich brutalisieren und vor allem am Machterhalt interessiert sind. Das sind keine Zufälle! Über Parteienpolitik, über die Beteiligung an Herrschaftsstrukturen ist eine bunte, befreite Gesellschaft nicht zu erreichen! Und wir haben keinen

Bock mehr, dass „wir“ die Fehler der Menschen vor uns endlos wiederholen. Lasst uns mal unbekannte Wege gehen, um freiere Verhältnisse zu schaffen, die nicht auf Beteiligung an Herrschaftsstrukturen oder dem Aufbau zentralistischer, hierarchischer Apparate setzen. Also ... loslegen mit Selbstorganisation, dem Aufbau von emanzipatorischen Basisstrukturen, Freiräumen und Netzwerken!

Gegenbilder aufzeigen

Proteste gegen Wahlen sind mit Politikverdrossenheit kompatibel, wenn sie sich auf Wahlboykott bzw. den Angriff auf Wahlen beschränken. Daher ist es wichtig, über die Kritik an Herrschaftsstrukturen hinaus Visionen einer befreiten Gesellschaft zu entwickeln, einer Welt ohne Markt & Staat, ohne Einteilungen in Geschlechter, „Rassen“ oder homogene Kulturen, ohne Normierungen. Dazu gehört: Hierarchiefreie Modelle der Entscheidungsfindung für Gruppen und Organisation entwickeln, anwenden und

in die gesellschaftlichen Diskurse tragen. Informationen über bestehende Projekte und Ansätze, die versuchen, trotz widriger Umstände Keimformen einer befreiten Gesellschaft aufzubauen: Freie Software, Umsonstläden, Hausprojekte, gemeinschaftlicher Reichtum, Wagenburgen, Netzwerke gegenseitiger Hilfe und vieles mehr. Wir haben sehr wohl Lust auf (Anti-)Politik, aber nicht auf Regierungen, Konzerne und Herrschaftslogiken!

Selbstorganisation statt Stellvertretung

In den nächsten Jahren wird sich die Situation der meisten Menschen eher weiter verschlechtern, nicht nur ökonomisch. Statt Hoffnungen auf Parteien, NGOs und Institutionen zu setzen ist es schon lange an der Zeit, sich selbst zu organisieren!

Damit gemeint ist u.a. der Aufbau von Strukturen, die so weit wie möglich Unabhängigkeit von Staat und Markt ermöglichen, um uns aufzufangen und den Abbau von Hierarchien und Diskriminierungen voran zu treiben. Auf der anderen Seite gehört dazu ein organisierter, noch zu schaffender Widerstand von selbstbestimmten Basisgruppen, Netzwerken usw., die sich gegen die Projekte der Herrschaft auflehnen. Druck von unten aufbauen!

2. Kritik an Wahlaufrufen

„Es gibt keine Wahl, die Demokratie gewinnt immer.“

„Wahlen sind weder ein Repressionsinstrument der Herrschenden noch dienen sie ihnen zur Ausbeutung. Sondern: Sie dienen zur



Verschleierung von Repression und Ausbeutung.“ (Wer die Wahl hat, wählt die Qual ... in: Projekt 11/12)

Der Gang zur Wahlurne ist die faktische Zustimmung zur eigenen Ohnmacht, zum demokratischen Projekt. Jeder Aufruf zur Wahl bedeutet daher auch, staatliche Herrschaft anzuerkennen und mit zu legitimieren. So betreibt mensch in jedem Fall Wahlkampf für die Demokratie und reduziert das eigene Engagement auf das Kreuz an der „richtigen“ Stelle. Wer wählt, wählt verkehrt!

Stoppt [...] ! Wahlaufrufe von „links“

Es gibt immer wieder Wahlaufrufe von „links“, die meinen, durch Stimmangabe eine CDU-Regierung o.ä. verhindern zu müssen.



Mehrheitsabstimmungen, die für alle gelten sollen, bedeuten immer Herrschaft. Sie setzen Organe voraus, welche die Entscheidungen durchsetzen. Auch radikal-demokratische Ansätze verlagern dieses Problem höchstens. Auch nach der Überwindung des Kapitalismus ist z.B. nicht zu erwarten, dass StellvertreterInnen das tun, was die Menschen wünschen, es keine Seilschaften mehr gibt usw. Außerdem ist fraglich, ob es nicht auch hier weiter Polizei, Knäste usw. geben muß, um Entscheidungen durchzusetzen. Die Demokratisierung aller Lebensbereiche und Direkte Demokratie können als „Zwischenstufe“ in einem emanzipatorischen Prozess gesehen werden, ohne dabei stehen zu bleiben. Weitergehender wären Gesellschaftsmodelle, in denen Autonomie und Vielfalt von Lebensformen geschützt und bewusst gefördert werden. Also im besten Falle eine Welt ohne Herrschaftsstrukturen, die irgend etwas durchsetzen können, und in der Menschen so „gezwungen“ sind, frei zu kooperieren.

Im Kontext von Demokratiekritik ist diese visionäre Ebene sehr wichtig, um zu verdeutlichen, dass wir keine Verschärfung von Herrschaft wollen – um klare Grenzen zu antidemokratischen Parolen rechter bzw. faschistischer Gruppen zu ziehen, denen selbst die Minimitbestimmung der Demokratie zu viel ist. Her mit viel mehr Selbstbestimmung, mehr Dezentralität und Autonomie! Wahlen sollen nicht einfach abgeschafft, sondern durch Modelle ersetzt werden, die sich an der maximalen Beteiligung der jeweils Betroffenen ausrichten und Selbstbestimmung erhöhen. Und das als ständiger, offener Prozess in Richtung Herrschaftsfreiheit!

Das Problem wird durch die Zwei-Haufen-Scheiße Logik aus dem Werner-Comic sehr schön verdeutlicht: Einer schlechten Variante wird eine noch schlechtere gegenübergestellt. Schon erscheint erstere (Schröder) als die bessere Wahl. Mit solch einer berechenbaren Logik macht mensch sich selber beliebig steuerbar; etwas, dass z.B. die Wahlen in Frankreich sehr gut gezeigt haben: Nachdem Le Pen in der ersten Runde mit 17% an zweiter Stelle landete, folgte eine unglaubliche Organisation zur Rettung der Demokratie, öffentliche Empörung, Massendemonstrationen ... selbst sozialistische und kommunistische Gruppen vergaßen jegliche Kritik & stellten sich hinter den rechten Chirac, der so im zweiten Durchgang mehr als 80% der Stimmen einheimste! Und in vier Jahren ruft mensch hier vielleicht auf, Stoiber zu wählen, weil ihm ein noch größeres Arschloch gegenüber gestellt wird.

Aufrufe zur Wahl bzw. Verhinderung einer bestimmten Partei, konstruieren noch einmal, dass es das Entscheidende sein soll, wer „uns“ regiert. So reduziert sich die Debatte auf die Frage, welche die „richtige“ Partei an der Macht ist und bewegt sich damit nur noch innerhalb der parlamentarischen Logik. Die entscheidende Frage kann gar nicht mehr gestellt werden: Stellvertretung oder Selbstbestimmung? Zudem produziert dies einen Blick, der sich auf die Abgabe der Stimmen verengt, ohne zu sehen, dass damit die Ohnmacht der Menschen festgeschrieben wird: Das Problem sind nicht rechte PolitikerInnen bzw. Parteien, sondern die unzähligen Menschen, die so einer Politik zustimmen, sie stillschweigend dulden oder als einzige Aktion das Kreuz dagegen propagieren. Aufrufe von Antifas (Wählen, um den Einzug von Nazi-Parteien zu verhindern) sind häufig entpolitisiert, weil sie Widerstand durch Wählen ersetzen bzw. darauf reduzieren. Statt Wahlaufrufen wäre es sinnvoller, sich zu überlegen, wie Prozesse in Gang gesetzt werden können, die das Bewusstsein der Menschen verändern, ihre Selbstorganisation fördern und Widerständigkeit wecken.

Demokratie ist eine Herrschaftsform – Volksherrschaft eben. Eine spezifische Idee dieser Form von Hierarchisierung der Gesellschaft ist, über den Mythos der Mitbestimmung, des Mitredens- und vor allem Mitwählen-Könnens die Menschen als Verbündete zu gewinnen. Sie basteln dann freiwillig, fast enthusiastisch an ihrer eigenen Fremdbestimmung mit. Davon droht ständig mehr. Die Modernisierung der Demokratie bedeutet, daß immer mehr Lebensbereiche der Kontrolle durch die sogenannte „Mehrheit“ (die ja meist ein Konstrukt aus Wahlen, Propaganda und Ausgrenzung ist) unterworfen werden, die akzeptanzbeschaffende Werbung für die Demokratie dabei zunimmt und immer mehr HelferInnen bei dieser Ausdehnung von Herrschaft integriert werden.

Direkte Demokratie und mehr

Viele Gruppen bemühen sich um Reformen der Demokratie. Fast alle blenden dabei die Herrschaftsmechanismen der Demokratie aus und hoffen auf bessere Zeiten, wenn die Verfahren der

„Das kleinere Übel wählen“ Auch diese Argumentation setzt auch auf der Theorie der zwei Haufen Scheiße auf. Doch das, was als „kleineres Übel“ benannt wird, das, was noch als wählbar gilt, ist in den letzten Jahrzehnten immer schlimmer geworden. Hier zeigt sich, wie sich solche Logik in sich selbst verfängt: Wann ist der Punkt erreicht, wo Schluss ist, wo wir anfangen, widerständig zu werden & das Leben selber in die Hand zu nehmen? Faktisch erfüllt diese Logik eine Ruhighaltefunktion, die verhindert, dass Menschen eigene Perspektiven entwickeln, die sich jenseits von parlamentarischen Strukturen bewegen. Schluss mit dem Vertrösten ... auch die beste Scheiße stinkt: Wir wollen gar kein Übel mehr, sondern ein gutes & glückliches Leben für alle!

3. So what to do?

Wahlboykott? Ungültig wählen?

Ziel von Wahlboykott ist im besten Fall, durch die massenhafte Umsetzung zu signalisieren, dass die Bevölkerung keine Lust auf demokratische Fremdbestimmung hat. Zusammen mit einer öffentlichen Skandalisierung soll dem Wahlmechanismus die Legitimation und Akzeptanz entzogen werden. Ungültiges Wählen soll das sichtbar machen, da ungültige Stimmen in der Statistik auftauchen. Dazu kommt der finanzielle Aspekt, da nur gültige Stimmen Geld für Parteien bringen (Rückerstattung für den Wahlkampf).

Wahlboykott ist nicht per se gegen Fremdbestimmung und staatliche Herrschaft gerichtet. Immer wieder wurde und wird er sogar von demokratiefreundlichen Keisen als Aktion zur Forderung nach mehr Demokratie eingesetzt. Und bei Volksentscheiden kann er z.B. als taktisches Mittel einer Fraktion eingesetzt werden, um damit die nötige Mindestbeteiligung auszuhebeln. Wahlboykott erhöht in diesem Fall möglicherweise die Wahrscheinlichkeit, dass es keinen Beschluss gibt – was ja im Sinne derer ist, die z.B. eine Straße, ein Parkhaus oder ein Windrad ohne BürgerInnenbeteiligung in die Gegend setzen wollen. Teilweise wird Wahlboykott auch damit begründet,

Noch mehr Demokratie droht!

Abstimmungen verbessert werden. Das kann im Detail auch tatsächlich mehr Mitbestimmung bedeuten – doch das Vertretungsprinzip bleibt und leider (und ohne daß es nötig wäre!) bleiben die Vorschläge im Rahmen der Verhältnisse. Die aktuellen Vorschläge für direkte Demokratie lassen wieder nur die abstimmen, die auch wählen dürfen. Die Schere zwischen Deutschen und Nichtdeutschen, zwischen Erwachsenen und Jugendlichen usw. wird weiter geöffnet. Das ist nur ein Beispiel, eine umfassendere Kritik findet sich unter <http://www.thur.de/philo/uvu/uvu12.html>.

Global Governance

Governance bedeutet, daß zukünftig nicht mehr die Parteien, sondern auch Wirtschaft und NGOs regieren. Sie bläht Demokratie auf, erweitert die Beteiligten und schafft damit zum einen erhöhte Akzeptanz, zum anderen werden Herrschaftssysteme leistungsfähiger, weil mehr Potential an der Ausführung mitwirkt. Die „VertreterInnen der Zivilgesellschaft“ suggerieren eine demo-

kratische Breite und bringen kritisches Know-How ein. Tatsächlich aber haben die Menschen keine neuen Mitbestimmungsebenen – ganz im Gegenteil: Während sich die Debatte um Governance, Nachhaltigkeit und Zivilgesellschaft ausbreitete, wurden Beteiligungsrechte immer mehr der Standortpolitik geopfert. Das wird so weitergehen – die FunktionärInnen der NGOs werden zu den Gewinnern der modernisierten Herrschaft gehören. Die Menschen verlieren immer mehr Freiräume, aber es gibt immer mehr, die ihnen das Gegenteil erzählen. Die Propaganda für diese Ideen besorgen nicht mehr die Regierungen, sondern diejenigen, die sich selbst zu den VertreterInnen der „Zivilgesellschaft“ ernannt haben. Verklärend beschreibt z.B. Attac im Buch „Eine andere Welt ist möglich!“ (2002, VSA Hamburg, S. 146): „Alle Gesellschaften, egal wie arm, haben Organisationen, die Bauern, ArbeiterInnen, Frauen, die Geschäftswelt und so weiter vertreten, und die je nach Regierung mehr oder weniger frei agieren können.“ Alles wird gut ...

Antiwahlaktionen?

Antiwahl steht nicht im Widerspruch zu Formen des Wahlboykottes, setzt allerdings auf einer anderen Ebene an. In der linken Debatte werden leider nur zwei Positionen (Wählen vs. Wahlboykott) zugelassen und differenzierte Argumentationen erschwert. Ein Unterschied zum Wahlboykott ist, das dieser für Antiwahl überhaupt nicht die zentrale Frage ist: Es nicht entscheidend, wer wählen geht oder nicht, sondern das Prozesse initiiert werden, die das Bewusstsein der Menschen dahingehend verändern, Wahlen & Herrschaft nicht mehr anzuerkennen, sondern gemeinsam nach selbstorganisierten Gegenentwürfen zu suchen.

Die Frage ist eher: Wie kann eine Vermittlung herrschaftsfeindlicher Positionen gelingen? Daher sucht Antiwahl nach Interventionsformen, die eine Kommunikation zu möglichst vielen Menschen herstellen, auf deren Basis dann Gespräche über den Unsinn von Wahlen und Herrschaft möglich sind. Lasst uns Wahlveranstaltungen und Wahllokale in unsere Aktionsfelder verwandeln! Auch Wahlfeststände von Parteien bieten sich an; erinnert sei an den gefakten FDP-Infostand der Titanic-Redaktion, bestückt mit überzeichneten antisemitischen Plakaten. All das in der Hoffnung, dass möglichst viele Gruppen und Menschen auf das Repertoire direkter Aktion zurückgreifen, um gegen Wahlen & Herrschaft anzustänkern verstocktes Theater, Subversion, Kommunikationsguerilla, Reclaim The Streets usw. Einige Anregungen dazu findet ihr im Aktionsteil auf den letzten Seiten.

Demokratie runterfahren ... Selbstbestimmung installieren

eine grundlegende kritik

*Diskurs meint das Zusammenspiel von öffentlichen Debatten, Medien und gesellschaftlichen Institutionen, die bestimmte Denkmuster, Ansichten und Erwartungshaltungen in den Köpfen der Menschen produzieren.

Demokratie ist die zur Zeit weltweit vorherrschende Form von institutionalisierter, staatlicher Herrschaft. Ihr besonderes Merkmal ist dabei die Form der Akzeptanzbeschaffung, die Mechanismen, mit denen die Demokratie die Zustimmung der Menschen organisiert.

Demokratie bedeutet Volksherrschaft ... ein verräterischer Begriff! Demokratie funktioniert somit immer über den Bezug auf einem imaginierten, organischen „Volkkörper“, dessen Willen die gewählten VertreterInnen angeblich vertreten. Diese Argumentation, die Idee von „Völkern“, kommt nicht ohne Grenzen aus und basiert immer auf dem Ausschluss von Gruppen und Menschen, die als anders definiert werden.

Volksherrschaft meint, dass sich das „Volk“ selbst regiert und der Wille der Mehrheit ausgeführt wird. Selbst wenn das so wäre, handelte es sich um Herrschaft, die nichts mit der Vision einer befreiten Gesellschaft zu tun hätte, da dort immer unterdrückte Minderheiten geschaffen würden. Tatsächlich ist nicht einmal das der Fall: Bei Wahlen entscheidet nicht die Mehrheit der Menschen, die in einem Staat leben. Zum einen ist die Wahlbeteiligung in vielen Staaten sehr niedrig, weshalb prozentuale Hochrechnungen wenig Aussagekraft haben. Überhaupt nicht bedacht wird weiterhin, das Kinder, MigrantInnen oder entmündigte Menschen nicht wählen dürfen (obwohl Gesetze usw. auch für sie gelten). Würden die abgegebenen Stimmen auf alle Menschen innerhalb des Regierungsbezirks hochgerechnet, wäre offensichtlich, dass selbst hinter scheinbar eindeutigen Wahlergebnissen nur ein Teil der Menschen steht, der häufig katastrophal gering ist.

Es wird nicht das beschlossen, was die Mehrheit will. Selbst wenn alle wählen dürften & würden – auf die Entscheidungen im Parlament haben die Menschen keinen Einfluß. Gesetze, die für Millionen gelten sollen, werden

hier von wenigen entschieden. Es ist also völlig absurd, von Mehrheitsentscheid zu sprechen, wenn mensch nicht unterstellt, dass die ParteivertreterInnen vom Willen der Menschen telepathisch kontrolliert werden. Es gibt Beispiele, die das belegen: Die Mehrheit der Menschen in D-Land ist gegen Atomkraft und Gentechnik – doch das interessiert nicht. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass in der Demokratie nur wenige Entscheidungen treffen. Die tatsächlichen Möglichkeiten der meisten Menschen, Leben und Umgebung selbstbestimmt zu gestalten, an Entscheidungsprozessen teilzunehmen, unterscheiden sich kaum von anderen Regimes ... bis auf die Wahl der jeweils „Herrschenden“.

Der Glaube, VertreterInnen würden den Willen der Menschen repräsentieren, die Mehrheit würde entscheiden, spiegelt nicht die demokratische Wirklichkeit. Es sind Mythen, die ständig wiederholt werden, Diskurse, die fest in den Köpfen verankert sind. Auch wenn diese bei vielen bröckeln, so fehlen die Visionen, was besser sein könnte. Durch diese Mythen kann Demokratie breite Zustimmung herstellen und ist daher weniger auf offene Gewalt angewiesen. Sie machen es leichter, dass Menschen ihre Zurichtung durch Erziehung, Schule, Sozialisation annehmen, ihre Beherrschung verinnerlichen und sich dabei frei fühlen ... innerhalb vorgegebener Rollen natürlich.

Trotzdem gibt es Kontroll- und Gewaltapparate wie Polizei, Knäste und Militär, die den Markt durchsetzen usw. In kritischen Situationen stehen alle Möglichkeiten bereit, gewaltsam gegen Aufsässige und unerwünschte Menschen vorzugehen, Grundrechte aufzuheben und sich dabei weitestgehend an totalitäre Systeme anzugleichen. Ausgrenzung, Abschiebungen und Repression sind schon heute für MigrantInnen, Unangepasste und (in geringerem Ausmaß) politische AktivistInnen ein nicht weg zu denkender Teil demokratischen Normalbetriebs.

es geht um mehr als die frage, wer regiert ...

Internetseite zu Herrschaftskritik
www.projektwerkstatt.de/herrschaft

Für viele Menschen ist es heute noch recht einfach und früher war das Stand aller „Linken“: Die PolitikerInnen und die Firmenchefs, also „die da oben“, sind alle böse, von Kapitalinteressen durchdrungen oder den Reizen der Macht erlegen. Darum läuft alles so scheiße, werden Kriege geführt, die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer, geht die Umwelt vor die Hunde. Und darum ist die Lösung auch, die Mächtigen auszutauschen, damit die „Richtigen“ das Richtige machen. So werden neue Parteien gegründet oder Menschen versuchen es selbst, per Gang durch die Institutionen. Wer das nicht als erfolgreich ansieht, greift zum Mittel der Kontrolle, baut öffentlichen Druck auf und fordert mehr Regeln für die Mächtigen oder einfach alle. So werden neue Gesetze und Steuern gefordert, Appelle geschrieben, Petitionen eingereicht, Zeitungen gedruckt, Transparente geschwungen oder Parolen gerufen.

Doch all das hat einen entscheidenden Haken – es greift Herrschaft nicht an, sondern versucht sie, für eigene Ziele einzusetzen. Dahinter steht das Fehlen einer Analyse von Herrschaft. Macht wird neutral gesehen, Menschen in ausführenden Positionen nicht als Rädchen in einem System, sondern als frei Handelnde begriffen. Immer wieder gehen politische Vorschläge sogar über den bisherigen Herrschaftsrahmen hinaus: Für die Tobin Tax oder die Ökosteuer müssen neue Institutionen und Kontrollen geschaffen werden.

Nazis sollen in den Knast, Vergewaltiger nie wieder rauskommen. Schutzgebiete werden international immer öfter



von paramilitärischen Ökomilizen gesichert – rein kommt nur, wer Geld hat (TouristInnen). Armeen marschieren für die Umwelt, die Menschenrechte und die Befreiung der Frau. Solche politischen Forderungen schaffen keine Einheit aus den Institutionen der Herrschaft und denen, die sie kritisieren. Bei allen Unterschieden im Detail – beide Seiten halten an der Illusion fest, dass der Staat, die Demokratie, die zentralistisch organisierte Gesellschaft zum Positiven gewendet werden können. Dabei übersehen wir:

★Herrschaft verstärkt konkurrierendes Verhalten, weil Konkurrenz, d.h. Durchsetzungsfähigkeit, über Machtstrukturen immer gestärkt sowie der Zwang zum kooperativen Verhältnis mit anderen Menschen überwunden werden können. So können Metropolen der Peripherie die Energiegewinnungsanlagen, Rohstoffgewinnung und Mülldeponien aufzwingen – um nur ein Beispiel zu nennen.

★Herrschaft ist deutlich mehr als die Institutionen der Herrschaft, vielmehr sind Denkkategorien, biologische Schubladen, Standardisierungen usw. Formen der Herrschaft, die viel stärker den Alltag der Menschen berühren, bis in die entlegendsten Winkel des Lebensalltags vordringen und so Denken und Handeln kontinuierlich beeinflussen. Herrschaftsfreie Räume sind so gar nicht mehr herstellbar, wohl aber Räume, in

denen Herrschaft ausgemacht (erkannt, offengelegt) und ausgemacht (abgebaut, überwunden) wird!

Die Kritik an Herrschaftsverhältnissen hat eine lange Geschichte. Viele ältere Theorien werden noch heute hochgehalten, neuen Ansätzen gegenübergestellt – oftmals feindselig, was gemeinsame Debatten und Praxis verhindert. Der folgende Text soll keine umfassende Herrschaftskritik aufstellen, sondern eine vereinfachte geschichtliche Entwicklung sowie die aktuellen Debatten und Texte um Herrschaftskritik zeigen. Bei vielen kurzen Einführungen sind Links auf weitergehende Texte zu finden. Das Nachforschen lohnt!

Personale Verhältnisse werden zu Marktbeziehungen ...

Der Blick zurück in die Tiefen von Fürstentümern, Monarchien bis religiösen Regimes zeigen statt ökonomischen vor allem personale Herrschaftsbeziehungen. Die Mächtigen, ihre Clans und Dynastien unterwarfen die Menschen in ihren Ländern mit plumper Gewalt, trieben Steuern ein und sicherten ein Regime, in dem viele Menschen zum Eigentum wurden der Sklavenhalter, Lehnsherren, Fürsten und Militärbefehlshaber. Mit der Industrialisierung des 18. Jahrhunderts, für Teile der Bevölkerung schon vorher in den bürgerlichen Handelsstädten, begann die Veränderung hin zu marktförmigen Herrschaftsbeziehungen. Diese hätten sich niemals durchgesetzt ohne die personalen Bedingungen, die den Menschen immer mehr den Zugriff auf selbstbestimmtes Leben nahmen. Eigentum wurde akkumuliert, d.h. immer weniger Einheiten (Menschen, Betriebe, Staat) hatten immer mehr Zugriff auf Land, Rohstoffe und Maschinen. Den vielen Menschen wurde die Möglichkeit zum selbständigen Leben genommen mit der Folge, dass sie das Angebot der Massen-Arbeitsplätze und fremdbestimmter Tätigkeit annehmen mussten. Marktförmige Herrschaft funktioniert über die personal hergestellte Alternativlosigkeit zum Markt. Die personale Herrschaft blieb, übte oft sogar direkten Zwang zur Aufnahme von Arbeit aus. Sie organisierte sich mit dem Aufkommen des Kapitalismus mehr und mehr als moderner Nationalstaat in demokratischer Verfassung dar.

Kritik am Kapitalverhältnis

Mit dem Zwang zur massenhaften Ver-Arbeitung vieler Menschen endeten zwar personale Machtverhältnisse nicht – zum einen wurde der Zwang zur Unterwerfung unter Arbeitsverhältnisse ja personal durchgesetzt (siehe oben), zum anderen bestand er weiter im Verhältnis von Obrigkeit zu Mensch (Justiz, Polizei, Ämter ...), innerhalb vieler Gruppen sowie in der Organisation von Alltagsverhältnissen z.B. vom erwerbstätigen Mann zum abhängigen Rest der Familie, von Erwachsenen zu Kindern so-

wie in rassistischer und Behinderten-Diskriminierung. Dennoch wurde das Lohnabhängigkeitsverhältnis als zentral gesehen, weil es deutlich mehr als die anderen auch öffentlich sichtbar gemacht und diskutiert wurde. Arbeitskämpfe erzeugten weit mehr Aufmerksamkeit als die Kämpfe um Rechte oder gar Befreiung von Frauen, Nichtangehörigen des jeweiligen Staates oder sog. Minderjährigen. Daraus entwickelten sich eine einseitige Wahrnehmung von Herrschaftsverhältnissen. Der Kapitalismus bzw. noch enger das Kapitalverhältnis, also die Akkumulation von Kapital (Land, Rohstoffe, Maschinen, Geld) bei wenigen und ökonomische Abhängigkeit bei vielen, wurde als zentrale Unterdrückungsform beschrieben. Würde sie überwunden, entstünde umfassende menschliche Befreiung. Die wichtigsten Werke dieser Debatte finden sich bei Marx/Engels sowie in den Schriften damals lebender TheoretikerInnen des Anarchismus – wobei die AnhängerInnen von Marx mehr der Idee anhängen, den Staat zu funktionalisieren, während AnarchistInnen meist die Zerschlagung desselben anstreben.

Kapitalismus als Hauptwiderspruch ist bis heute in marxistischen Kreisen gut verbreitet (siehe aktuelle Texte z.B. von Jürgen Elsässer in Konkret oder aus kommunistischen Parteien). Und er lebt neu auf in den staatstreuen Massenorganisationen der Neuzeit von Attac über marxistische, z.B. trotzkistische Gruppen, die mit der Reduzierung an ökonomischen Details zwar nicht einmal mehr den Kapitalismus kritisieren, aber das Leben auf die Kapitalverhältnisse reduzieren. Kein Wunder, daß die meisten MarxistInnen Attac lieben ... sie halten sich halt beide am Emblem von Attac auf: Politik – jetzt noch mehr reduziert!

Haupt-Widerspruch in Mode

Die Idee des Hauptwiderspruchs Kapitalismus war auffällig verkürzt. Ökonomische Abhängigkeitsverhältnisse in Massen gab es erst seit wenigen Jahrzehnten – Herrschaft und Unterdrückung war jedoch viel älter, Umweltzerstörung auch. Die Mobilisierung von Arbeitskraft in Massen brachte zwar einen erheblichen „Fortschritt“ gerichteter (also nicht individueller bis selbstbestimmter) Produktivkraft, jedoch hat der Kapitalismus Herrschaft nicht erfunden, sondern gewandelt bzw. erweitert. Das wiederum klagten zurecht andere Zusammenhänge ein. Es dauerte aber lange, bis sie auch massenwirksam wurden – z.B. die Frauenbewegung im Zuge der zunächst vollständig, dann weiter überwiegend männerdo-



minierten und hauptwiderspruchsorientierten 68er-Bewegung. Antirassistische Projekte entstanden auf breiter Ebene noch später. Aufgrund ebenso verkürzter Analyse sowie des Gegensatzes zur Haupttrichtung politischer Arbeit, die im Kapitalismus den Hauptfeind sah, wurden

in den neueren Zusammenhängen jeweils andere Themen zum Hauptwiderspruch. Nun war plötzlich das Patriarchat die Ausgangsform aller Herrschaft usw. – folglich mußte die Herrschaft der Männer als erstes abgebaut werden. Egal wie: Mit härteren Strafen, mehr Staat oder Armeen. Gegen den Rassismus war auch jedes Mittel recht – mehr Polizei, Knast usw. Letztlich war es immer der Staat und dessen personalen Herrschaftslogiken, die als große Hoffnung am Himmel linker (Nicht-)Visionen zu sehen waren ... als wäre das alles nicht schon mal dagewesen sowie ständig auch weiter gültig als Teil von Herrschaft.

Vorläufige Einigung: „triple oppression“

Zwischen den AnhängerInnen der verschiedenen Richtungen tobte der Streit – bis ein Teil eine vorläufige Einigung fand. Die drei Haupt-Widersprüche, die bis zu diesem Zeitpunkt „erfunden“ waren, wurden einfach alle drei als gültig anerkannt. Sie bestanden so nebeneinander her und wer von zwei oder gar drei dieser betroffen war (arme, dunkelhäutige Frau) hatte es am schlechtesten. Das war einfach. Die psychiatrisierten Menschen, Kinder und Jugendliche und andere Unterdrückungsverhältnisse blieben außen vor – für sie gab es in der „Linken“ keine Lobby, z.T. nicht einmal ein Fremdwort!

Insofern war die „triple oppression“ eher ein Bündnis als eine Herrschaftsanalyse. Typisch dafür waren die Organisationsversuche Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre, z.B. das als Abspaltung aus der ÖkoLi-Gründung entstandene Bundestreffen von Basisgruppen und Einzelpersonen.

Neue Kritik und „unity of oppression“

Die Kritik an der plumpen Summierung kam dann aus unvorhergesehener Ecke. Viele TierrechtlerInnen machten sich über die verkürzte Herrschaftstheorie her, übersahen weiter Kinder, Psychiatrisierte usw. und entdeckten die Tiere als unterdrückte Gruppe. Speziesismus nannte sie ihre Theorie der Unterdrückung von nichtmenschlichen Arten, „unity of oppression“ die neue wirre Analyse von Herrschaftsverhältnissen. Die Kritik an der Ausbeutung von Tieren ist wichtig und in jedem Fall zulässig als gesellschaftlicher Kampf, die Herrschaftsmechanismen jedoch sind grundsätzlich nicht vergleichbar – schließlich geht es bei der Unterdrückung von Menschen um eine Zurichtung auf Rollen innerhalb der Gesellschaft, die als herrschaftsfreie Alternative aus „Freien Kooperationen“ bzw. „Freien Vereinbarungen“ der Menschen

bestehen könnte. Hunde, Katzen, Kühe und Nashornkäfer werden dagegen niemals an dieser Debatte teilnehmen. Daher ist die Herrschaft über Tiere zwar da, aber eine grundsätzlich andere – eine „unity of oppression“ vermenschlichte somit die Tiere (oder machte Menschen zu Tieren). Biologismus war in Tierrechtskreisen lange Zeit sehr prägend und wird auch heute noch von wichtigen TheoretikerInnen vertreten (z.B. im deutschsprachigen Raum von Helmut F. Kaplan in verschiedenen Büchern und der „tierbefreiung aktuell“).

Und ganz brandheiß: Der vierte Haupt-Widerspruch

Während zunehmend grundlegendere Herrschaftsanalysen erschienen, erfand eine recht neu entstandene Gruppe einen neuen Hauptwiderspruch, der als Unterdrückungsform bekannt und sich als besonderer Schrecken durch die Geschichte zog: Antisemitismus. Hauptwiderspruch war der noch nie und es bedurfte auch etlicher Verrenkungen, bis die nach dem 11. September 2001 schlagartig wachsende Gruppe frustrierter Alt-Antifas und Umfeld eine Theorie entwickelte, die sogar ausreichte, um weltweit Kriege, Vertreibung, Grenzschottungen usw. zu begründen. Alles wurde plötzlich auf den Judentum reduziert, der von den Antideutschen in allem gefunden wurde, was sich regte. Wer Fensterscheiben von Banken klirren ließ oder vegan leben wollte – alles waren Antisemiten, weil ihre Angriffsziele Symbole des Judentums waren, direkt oder indirekt. Und Deutschland war die schlimmste Nation (was aus anderen Gründen durchaus zutreffen mag), weil es den AmerikanerInnen (gemeint war die US-Regierung, aber Differenzierung paßt nicht zur Hauptwiderspruchslogik) nicht komplett loyal zur Seite stand und darauf spekuliert, zusammen mit den arabischen Ländern die Weltherrschaft zu erobern, die USA zurückzudrängen und Israel zu vernichten (Belege für diese Thesen fehlen erwartungsgemäß immer, umso militaristischer ist der Tonfall).

Daß Antisemitismus dauerhaft und überall vorkommt, ist unbestritten, aber als alleiniger Erklärungsansatz für Herrschaftsverhältnisse taugt er nicht.

Das klappt alles nicht: Diskursive Herrschaft

Alle Hauptwiderspruchsanalysen einschließlich derer, die mehrere summarisch verknüpften, hingen stark an institutionalisierter Herrschaft bzw. an festen normativen Prägungen in den Köpfen. Viele überwand die Trennung in HerrscherInnen und Beherrschte – durchaus ein wichtiger Schritt. „Hitlers willige Vollstrecker“ oder die patriarchalen Verhältnisse in allen Winkeln der Gesellschaft sind Beispiele. Herrschaft wird zwar auch (und oft besonders massenwirksam) von institutionalisierter Macht herge-

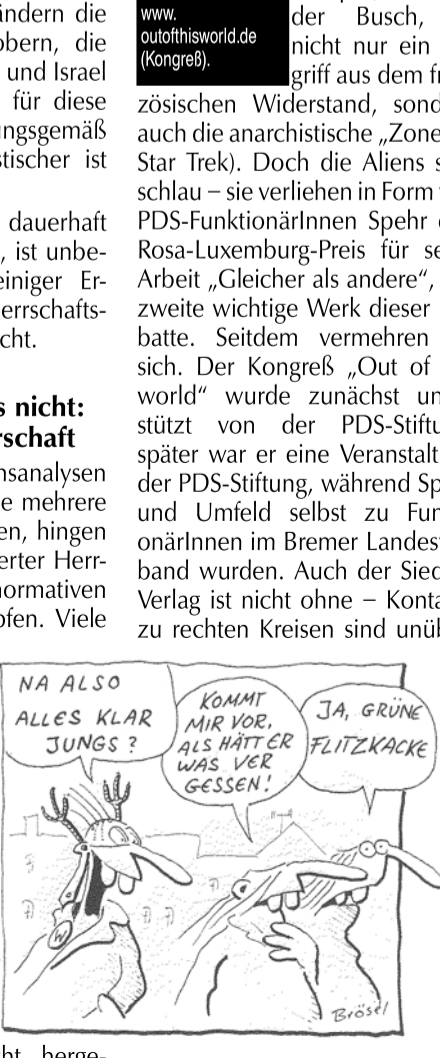
stellt (Bildungseinrichtungen, Justiz, Armeen, Behörden, Polizei usw.), aber sie lebt ohne Fortderrne Herrschaftssysteme, die „Demokratie“ leben sehr stark von dieser diskursiven Herrschaft, welche die institutionalisierte Form nur noch als Drohung und Potential im Hintergrund braucht. Dass Menschen glauben, arbeiten gehen zu müssen und sich darauf ächzend Jahrzehnte vorbereiten, bedarf kaum noch direkter Sanktionen. Die Diskriminierungsverhältnisse zwischen den Geschlechtern und Nationalitäten, zwischen Menschen verschiedenen Alters oder mit sog. Behinderungen – all das bedarf im Alltag keinem Herrschaftsdurchgriff mehr. Schon überhaupt die Annahme, dass es Geschlechter, Rassen, Nationen, Normal und Unnormal gibt, ist diskursive Herrschaft, schafft Kategorien, die in den Köpfen weiterleben und von Mensch zu Mensch weitergeben werden. Das Leben wird durch und durch normiert, standardisiert und eine direkte Kontrolle dann immer öfter überflüssig. Die Debatte um diskursive Herrschaft verläßt aber teilweise selbst den Bezug zu spürbaren Herrschaftsverhältnissen. Alles wird relativiert, Herrschaft selbst sei nur konstruiert, direkte Gewalt nicht mehr relevant. Wenn diskursive Herrschaft wie Sprache oder Wahrnehmung verändert würde, entstünde bereits Befreiung? Die Esoterik läßt grüßen ...

Aktuelle Herrschaftstheorien I: Aliens ...

Wie kann mensch diese diskursive Herrschaft begreifen, anschaulich machen? Christoph Spehr hat einen einzigartigen Versuch gemacht mit dem Buch „Die Aliens sind unter uns“.

Rund um das Buch lief und läuft eine Debatte um Utopien, u.a. mit den Kongressen „Out of this world“, angereichert immer wieder mit Bildern aus Science Fiction – so wie sich der Kreis der Diskutierenden „FreundInnen des Maquis“ nennt (Maquis, franz. der Busch, ist nicht nur ein Begriff aus dem französischen Widerstand, sondern auch die anarchistische „Zone“ in Star Trek). Doch die Aliens sind schlau – sie verliehen in Form von PDS-FunktionärInnen Spehr den Rosa-Luxemburg-Preis für seine Arbeit „Gleicher als andere“, das zweite wichtige Werk dieser Debatte. Seitdem vermehren sie sich. Der Kongreß „Out of this world“ wurde zunächst unterstützt von der PDS-Stiftung, später war er eine Veranstaltung der PDS-Stiftung, während Spehr und Umfeld selbst zu FunktionärInnen im Bremer Landesverband wurden. Auch der Siedler-Verlag ist nicht ohne – Kontakte zu rechten Kreisen sind über-

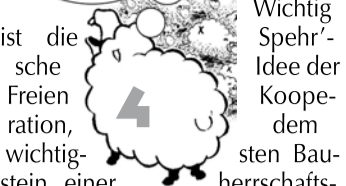
Weitersuchen: C. Spehr, 2000: „Die Aliens sind unter uns“ (Siedler-Verlag). www.rosaluxemburgstiftung.de/Einzel/Preise/rispreis.pdf (Download von „Gleicher als andere“). www.outofthisworld.de (Kongreß).



Herde: „Aber das bringt doch nichts. Du kämpfst gegen Windmühlen und bist alleine.“

3

Aber ich träume von einer besseren Welt – und will keine Herde mehr. Das reicht, um anzufangen!



ist noch offen, aber die Aliens haben den Fuß in der Tür. Wichtig ist die Idee der Kooperation, dem Kooperations- und dem Kooperations-stein Bausteine einer herrschaftsfreien Gesellschaft. Herrschaftsfreie Beziehungen zwischen Menschen können nur entstehen, wenn der Preis der Menschen, diese einzugehen oder wieder zu verlassen, gleich hoch ist. Gleichberechtigung bedarf also gleicher Möglichkeiten – ein wichtiger Beitrag zur Debatte über Utopien und ihre Bausteine, die bereits heute Schritte ermöglichen.

Theorie II: Freie Menschen in Freien Vereinbarungen

Im Jahr 1999, mitten im Gefühl um den Widerstand gegen die geplante Zukunftsshow Expo 2000 (die dann doch als billige Unterhaltungsschau endete, was auch dem Widerstand die Flügel nahm), fand sich die Gruppe Gegenbilder zusammen – drei Menschen aus marxistischem und anarchistischem Umfeld. Ihr Ziel: Ein Buch mit Herrschaftskritik und Entwürfen für herrschaftsfreie Formen von Gesellschaft. Dort wird Herrschaft als komplexes Gebilde beschrieben mit verschiedenen Teilen – direkten, ökonomischen und diskursiven Formen. Die Debatte darüber läuft weiter, und Ende November 2002 soll die zweite heiße Phase beginnen.

Grundidee einer herrschaftsfreien Zukunft ist der Begriff der Freien Menschen (die also nicht unter dem Zwang zur eigenen Verwertung, zur Unterwerfung oder Kooperation stehen – siehe auch bei C. Spehr) und Freien Vereinbarungen (also einem Geflecht von Verabredungen, die nicht institutionalisiert sind, sondern immer wieder neu geschlossen, weiterentwickelt usw. werden, allerdings nicht formal, sondern als dauernder, nicht endender Prozeß. Es gilt, was auf Akzeptanz stößt.

Theorie III: Herrschaft ausmachen und mehr

In der Folge der beiden beschriebenen Werke erschienen weitere Texte, die lohnenswert sind. Sie nahmen andere Blickwinkel ein, arbeiteten fehlende Aspekte auf usw., z.T. „Herrschaft ausmachen“ der Göttinger Gruppe schöner leben, die Überlegungen zu gesell-

schafftlich überreiften Vereinbarungen von Stefan Meretz oder Diskussionsbeiträge im Philosophenstübchen von Annette Schlemm. Hinzu kamen weitere Texte wie die 10 Thesen über Anti-Macht von John Holloway (alle bisherige über www.projektwerkstatt.de/herrschaft verlinkt), das Buch „Empire“ usw. ... die Debatte läuft!

Praxis: Ähm ... war da was?

Nur wenige der Herrschaftsanalysen kümmern sich um eine Praxis ausgehend im Hier und Jetzt. Darum sind viele so beliebt – sie haben nichts mit der eigenen Realität zu tun. Herrschaftsverhältnisse innerhalb politischer Bewegung, die Akzeptanz von Normen und Institutionen sowie die Abneigung gegenüber visionären Positionen (stattdessen: „Nazis raus“ oder „Mehr Kontrolle der Wirtschaft“) sind weit verbreitet. Änderungen: Fehlanzeige. Oder zumindest fast. Es sind sehr kleine Kreise, die Aktionsformen entwickeln, die sich gegen Herrschaft richten, zumindest diese immer auch mitdiskutieren oder Visionen sichtbar machen wollen.

Zeitgleich setzt sich eine breite Strömung, ja ein Wille zur Ausblendung von Herrschaftskritik durch. Mit der künstlichen Trennung von Staat und Markt, dem Ruf nach Reregulierung (die modernisierte Variante des „starken Mannes“) und mit einer Enthaltensamkeit jeglicher Kritik an Institutionen bis zur Forderung nach neuen Machtzentren (UN, Weltpolizei, internationaler Staatsgerichtshof) rollen die Medienstars von Attac, PDS, Lafotainisten und Anhang der Herrschaft wieder rote Teppiche aus. Und was geschieht? Sogar AnarchistInnen folgen dem Lockruf, MarxistInnen zu großen Teilen und das gesamte Spektrum an Parteien, Bürgergruppen und NGOs der „Neuen Mitte“ von konservativ bis demokratie-fanatisch sowieso ...

Mehr: Gruppe Gegenbilder, 2000: „Freie Menschen in Freien Vereinbarungen“ (für 10 Euro über die Projektwerkstatt zu beziehen), Diskussionsforen www.opentheory.org/gegenbilder (allgemein) und .../buchprojekt (zweite Phase ab Nov. 20002), Übersicht: www.projektwerkstatt.de/herrschaft.

International: www.agp.org (Peoples Global Action) Deutschsprachig: www.hoppetosse.net (Netzwerk für kreativen Widerstand)

In der Diktatur kommen die Idioten durch Gewalt und Intrigen an die Macht, in der Demokratie durch freie Wahlen. (Gabriel Laub (1928-1998), deutsch-polnischer Satiriker und Publizist)



Aktionen rund um den 11. September

Die folgenden Aktionen sind nur Beispiele. Sie sind nicht immer und überall passend – und sie wirken nicht als solches. Wichtig ist eine gute Vermittlung. Viele der Aktionen sind darauf ausgelegt, Erregungskorridore zu eröffnen. Die dann folgende Aufmerksamkeit für Diskussion muß gefüllt werden. Positionen und Visionen vermitteln zu können, bedarf auch der Auseinandersetzung mit Herrschaftskritik und Utopien.

Die „anderen“ Gedenkminuten

Per eigenem Lautsprecher, Einloggen in Hallenlautsprechern, Erobern von Kanzeln und Podien sowie mit Hilfe des 8mm-Vier-

kantschlüssels auf Bahnsteigen lassen sich Gedenkminuten einleiten, die dann überraschend was anderes vermitteln als (nur) die Toten von New York. Denkbare Inhalte:

- 11. September 1973 In Chile wurde der sozialistische (leider ebenfalls herrschaftsorientierte) Präsident Allende gestürzt und durch die Diktatur Pinochets ersetzt. Maßgebliche Kraft hinter dem Putsch war der Geheimdienst der USA als Handlanger der „freien Welt“.
- Die täglichen Toten Täglich sterben Zehntausende durch Hunger, Vertreibung, Krieg usw. Sie zu benennen, wäre ein Kontrastprogramm zu

11. September: Angriff auf Freiheit und Abenteuer

Der 11. September kehrt wieder – jährlich, aber auch ständig, mißbraucht als Begründung für Gewalt, Forderungen und Ausgrenzung aus ganz verschiedenen politischen Richtungen. Eine Betrachtung des Geschehenen gehört daher zu einer Analyse von Herrschaft sowie zugespitzten Gewaltverhältnissen in der internationalen Politik.

Jedes Land, das eine Regierung hat, ist ein besetztes Land.

Rassismus

Die Anschläge auf das World Trade Center vom 11. September wurden als Angriff auf die „Zivilisation“ bezeichnet; George Bush forderte sofort den Kreuzzug gegen das „Böse“. Parallel dazu liefen direkt nach dem Fall der WTC überall in der westlichen Welt Gedenkminuten, Mahnwachen und Trauer, nicht zuletzt organisiert durch die mediale Aufbereitung der Anschläge.

Durch die Konstruktion der westlichen Welt als „Zivilisation“ wird eine Zweiteilung von Menschen aufgebaut: Menschen aus dem arabischen Raum werden so per se als „barbarisch“, böse definiert. Hinter diesem „Gedenkterror“ steckt eine im Kern rassistische Logik: Menschen aus westlichen Industrienationen sind wertvoll; Menschen in Afghanistan, Menschen in der „Dritten Welt“ sind wertlos. Eine Zweiteilung, die doppelt funktioniert: Einmal in der Kategorisierung nichtwestlicher Kulturen als zurückgeblieben und zum anderen in der Unterwerfung unterschiedlicher Be-

reiterschaft zur Trauer – monatelang für die wichtigen Menschen, nie für die anderen. Tag für Tag sterben weit mehr als 30.000 Menschen in der „Dritten Welt“ aus Folge der Politik der Industrienationen – sei es aus Armut oder staatlichem Terror. Ihr Leid und die dortige Gewalt werden höchstens in Nebenätzen abgehandelt, während alle Welt trauern soll, wenn wichtige US-AmerikanerInnen bzw. EuropäerInnen sterben. Über terroristische Anschläge empört mensch sich, solange „wir“ getroffen sind. Gleichzeitig ist es ganz normal, wenn Staaten in den Krieg ziehen und dabei ganze Landstriche zerbomben. Die moderne Teilung von „Gut-Böse“ ist die nach in „Nützlich-Unnützlich“. Sie erreicht auch die Menschen hier. Die vielen Obdachlosen, die in der U-Bahn-Station des World Trade Centers ebenfalls verschüttet wurden, tauchen in den Totenstatistiken nicht auf, für sie wurden keine Fotos in den Totengalerien befestigt, obwohl ihre Namen auch bekannt waren. Das ist Sozialrassismus, die Ausgrenzung und Abwertung von Menschen aufgrund ihres (ökonomischen) Status. Der Zusammenbruch des World Trade Center und die Reaktionen darauf zeigten sehr deutlich, wie sich diskursive Herrschaft mit realer Gewaltanwendung durch Institutionen und im Alltag verbindet.

Das Buch „Finanzen und Vermögen der Kirchen in Deutschland“ (2002, Alibri in Aschaffenburg, 435 S., 24,50 €) Kirche und Staat sind getrennt. Eigentlich jedenfalls. Die „Wertegemeinschaft“, die aktuell so hochgelobt wird, riecht zwar nach christlichem Abendland, aber eigentlich ist die Kirche ja unabhängig vom Staat. Eigentlich ... das Buch beweist ... eine Analyse der Kirchenfinanzen das glatte Gegenteil. Minütlos wird aufgerechnet, was an Verfilzung und Bezuschussung da ist.

Wie totalitär solch eine binäre Logik durchgesetzt werden kann, wurde schnell offensichtlich: Nicht-Deutsche Flüchtlinge sind inzwischen unter Pauschalverdacht gestellt und sollen einer Regelanfrage beim Verfassungsschutz unterzogen werden. In den USA sind Hunderte Menschen arabischer Herkunft in Haft ohne Anklage – als Vorsichtsmaßnahme. Die wenigen, die sich der „bedingungslosen Solidarität“ verweigerten und Kritik am Krieg äußerten, traf der Bannstrahl einer kultur-patriotischen Gesellschaft: Ein türkischer Arbeiter aus Lüdenscheid, der nicht an einer Gedenkminute teilnahm, wurde entlassen. Ein Lehrer, der Kritik

Gleichschaltung der Köpfe

Ein interessanter Aspekt sind noch die Ausblendungen. Vieles, was mit dem 11. September zusammenhängt, wird kaum oder gar nicht benannt. Am auffälligsten ist die Konzentration auf das World Trade Center, während der Anschlag auf das Pentagon schon vergessen scheint. Ein viertes Flugzeug sollte wahrscheinlich das Weiße Haus treffen. Warum fehlen diese Bilder? Läßt sich mit den Militärbediensteten im Pentagon, die durch das Flugzeug von ihren Schreibtischen voller Kriegs- und Rüstungspläne gerissen wurden, das „Wir“-Gefühl nicht so gut erzeugen? Das auch andere getroffen wurden, die dort Räume putzen oder handwerklich tätig sind, scheidet als Grund aus, denn um die ging es nie! Solche Ausblendungen wurden auch von vielen politischen Gruppen vorgenommen, um die Morde für sich zu nutzen. Wenn Attac von Verzweiflungstaten der Globalisierungsoffer spricht, Antideutsche einen Angriff auf das Judentum entdecken oder Antisemiten die Besatzungspolitik Israels als Ursache anführen, so phantasieren sie alle Gründe in das Geschehen, die weder

informieren und einkaufen: www.baustoffladen.de

Demokratie ist nichts anderes, als das Niederknüppeln des Volkes durch das Volk für das Volk. (Oscar Wilde)

Kommunikationsguerilla

Da das Geschehen um den 11. September vor allem ein medialer Gewaltakt ist, dürfte das Mittel der Subversion und Kommunikationsguerilla am besten passen. Einiges ist schon in obigen Absätzen vorhanden, denkbar ist noch das Verfälschen

am Krieg übte, wurde von Siegen nach Kierspe versetzt. Andere abgemahnt. Dieser „Zivilisationspatriotismus“ wurde und wird von großen Teilen der Gesellschaft getragen, auch von kritischen Gruppen. Er bildet die Grundlage dafür, dass der Krieg so bereitwillig angenommen wurde. Die Einteilung in wertlose/wertvolle Menschen bzw. ganze „Völker“ (deren Einheitlichkeit dafür konstruiert wird) hat – wieder! – funktioniert: Für die Opfer aus der Zivilbevölkerung Afghanistans und weiterer Länder, die im Zuge des Anti-Terror-Krieges angegriffen werden, gibt es weder Mahnwachen, noch Gedenkminuten in nennenswertem Ausmaß. Normal ist der Tod, wenn er die anderen trifft. Die schnelle Gleichschaltung der Köpfe durch Propaganda, Angst und Stärke nach dem 11. September, aber auch schon im Kosovo-Krieg sowie zu vielen anderen Themen läßt Schlimmes erahnen – in dieser Gesellschaft ist weiterhin alles denkbar. Eine organisierte Gegenwehr der Selbstbestimmung wird wieder fehlen ...

trifft sich die Politik der markigen Sprüche und brutalen Gewalt mit modernen Demokratiekonzepten. Es geht um die Vorherrschaft des eigenen Gesellschaftsentwurfs. Der Krieg gegen Afghanistan hat eine Schnittmenge mit der Idee der Nachhaltigkeit oder den Vorschlägen nach hegemonialer Weltsteuerung, sei es der internationale Staatsgerichtshof oder auch nur das Detail der Tobin Tax. Sie alle wollen keine Selbstbestimmung, sondern das „Gute“ von oben durchsetzen. Was das „Gute“ ist, darüber herrscht Uneinigkeit. Aber dass die Menschen ihr Leben nicht selbst organisieren dürfen, das ist geklärt. Der Anschlag auf WTC und Pentagon hat die Zahl derer, die nicht nur an Apparate glauben, sprunghaft erhöht. Das ist das größte Desaster des 11. Septembers.

Die Ausblendungen

Ein interessanter Aspekt sind noch die Ausblendungen. Vieles, was mit dem 11. September zusammenhängt, wird kaum oder gar nicht benannt. Am auffälligsten ist die Konzentration auf das World Trade Center, während der Anschlag auf das Pentagon schon vergessen scheint. Ein viertes Flugzeug sollte wahrscheinlich das Weiße Haus treffen. Warum fehlen diese Bilder? Läßt sich mit den Militärbediensteten im Pentagon, die durch das Flugzeug von ihren Schreibtischen voller Kriegs- und Rüstungspläne gerissen wurden, das „Wir“-Gefühl nicht so gut erzeugen? Das auch andere getroffen wurden, die dort Räume putzen oder handwerklich tätig sind, scheidet als Grund aus, denn um die ging es nie! Solche Ausblendungen wurden auch von vielen politischen Gruppen vorgenommen, um die Morde für sich zu nutzen. Wenn Attac von Verzweiflungstaten der Globalisierungsoffer spricht, Antideutsche einen Angriff auf das Judentum entdecken oder Antisemiten die Besatzungspolitik Israels als Ursache anführen, so phantasieren sie alle Gründe in das Geschehen, die weder

bewiesen noch naheliegend sind. Und sie machen gemeinsame Sache mit den Herrschenden: Das Flugzeug auf das Pentagon paßte auch ihnen nicht ins Konzept. Also hat es das nicht gegeben ...

Es geht um Macht!

Wer auch immer die Anschläge und die knapp 3000 Toten für sich benutzt – es geht um Macht, um Durchsetzung, eigene Dominanz, egal ob militärisch, wirtschaftlich oder in der öffentlichen Diskussion. Die Verhältnisse zu verändern, die Terror, Ausbeutung, Krieg, Manipulation und Herrschaft erst möglich machen, kommt niemandem in den Sinn. Viel zu verliebt sind sie alle in die Möglichkeiten, die Staat und Macht geben. Die Reaktionen spiegeln damit wieder, was auch die Anschläge waren: Eine Auseinandersetzung zwischen gewaltbereiten Eliten auf dem Rücken der Menschen. Ihnen die Mittel zur Ausübung von Herrschaft zu nehmen, wären die einzig konsequente politische Forderung, doch das will offenbar niemand.

An dem Punkt der herrschaftsfürwortenden Analyse trifft sich die Politik der markigen Sprüche und brutalen Gewalt mit modernen Demokratiekonzepten. Es geht um die Vorherrschaft des eigenen Gesellschaftsentwurfs. Der Krieg gegen Afghanistan hat eine Schnittmenge mit der Idee der Nachhaltigkeit oder den Vorschlägen nach hegemonialer Weltsteuerung, sei es der internationale Staatsgerichtshof oder auch nur das Detail der Tobin Tax. Sie alle wollen keine Selbstbestimmung, sondern das „Gute“ von oben durchsetzen. Was das „Gute“ ist, darüber herrscht Uneinigkeit. Aber dass die Menschen ihr Leben nicht selbst organisieren dürfen, das ist geklärt. Der Anschlag auf WTC und Pentagon hat die Zahl derer, die nicht nur an Apparate glauben, sprunghaft erhöht. Das ist das größte Desaster des 11. Septembers.

Es geht um die Vorherrschaft des eigenen Gesellschaftsentwurfs. Der Krieg gegen Afghanistan hat eine Schnittmenge mit der Idee der Nachhaltigkeit oder den Vorschlägen nach hegemonialer Weltsteuerung, sei es der internationale Staatsgerichtshof oder auch nur das Detail der Tobin Tax. Sie alle wollen keine Selbstbestimmung, sondern das „Gute“ von oben durchsetzen. Was das „Gute“ ist, darüber herrscht Uneinigkeit. Aber dass die Menschen ihr Leben nicht selbst organisieren dürfen, das ist geklärt. Der Anschlag auf WTC und Pentagon hat die Zahl derer, die nicht nur an Apparate glauben, sprunghaft erhöht. Das ist das größte Desaster des 11. Septembers.

Die Regierung eines Einzelnen ist eine Ungeheuerlichkeit. Das eingeschränkte Wahlrecht ist eine Ungerechtigkeit. Das allgemeine Wahlrecht ist eine Dummheit. (Guy de Maupassant)



Offene direkte Aktion

Möglich bleibt auch das Mittel des direkten Widerstandes, von der Blockade bis zur Sabotage oder Militanz. Gerade hier wird aber genau zu überlegen sein, was wo welche Wirkung erzeugt und wo welche Vermittlung möglich ist. Aktionen können Debatten einleiten, z.B. wenn in Düsseldorf (wie tatsächlich geplant!) am 11. September Grundsteinlegung für ein fettes Hochhaus ist, wären Papierflieger zumindest ein Erregungsmittel. Wie die Aktion dann weitergeht (z.B. verdeckte Theaterspielende im Publikum), muß gut überlegt werden.

Infos im Internet Ideen für direkte Aktionen: www.projektwerkstatt.de/da Diskussion zu 11.9.&Krieg: www.projektwerkstatt.de/krieg Anti-Wahl: www.wahlquark.de/uu Kommunikationsguerilla: www.contrast.org/KG

Argumente für die Modernisierung der Demokratie



Ulrich Brandt/Monika Kalcics
Wem gehört die Natur?
 (2002, Brandes & Aspel in Frankfurt, 184 S., 15,50 Euro)
 Die genetischen Ressourcen rücken immer mehr in das Blickfeld wirtschaftlicher Verwertungsinteressen. Profit aber basiert auf Eigentum – und bezüglich der Gene tobt dieser Streit noch. Klar ist dabei allerdings schon, daß eine Verwertung auf Eigentumsbasis auf jeden Fall gewollt ist, fraglich ist, wer woran Eigentum hat. Nationalstaaten, Konzerne, Wirtschaftsstrukturen und BewohnerInnen streiten – das Buch dokumentiert Aspekte dieses Streits.

Zur Monatswende August/September findet in Johannesburg (Südafrika) der Weltgipfel 2002 „Rio plus 10“ statt. Wieder sollen weitreichende Positionen verabschiedet werden – und wieder stehen ökologische und soziale Ziele in der Werbung ganz vorne. Tatsächlich geht es aber um Herrschaftssicherung, globale Märkte und die Sicherung der Führungsposition für die Industrieländer. Denn ihr Nachhaltigkeitsbegriff dominiert die Debatte, ihre Technik soll den Segen für die Welt bringen und ihr Lebensstil ist wieder mal Vorbild für alle. Am nachhaltigen Wesen soll die Welt genesen – Herrschaft ist modernisiert und verpackt sich in wohlklingende Worte. Doch die Ziele bleiben: Dominanz weltweit, demokratische Kontrolle von Menschen, Rohstoffen, Ländern.

Democracy consists of choosing your dictators, after they've told you what it is you want to hear.
 (Alan Coren)

Das ist alles nicht neu – der Prozeß der Nachhaltigkeit, einem verschleiern den Begriff für die Modernisierung von Herrschaftsverhältnissen, ist seit den ersten Veröffentlichungen im politischen Raum durchzogen vom neoliberalen Geist. So finden sich in der Agenda 21 an vielen Orten Forderungen nach freiem Zugang zu allen Märkten und Rohstoffen, z.B. in Kapitel 2.12: „Daher sollen alle Länder früher eingegangene Verpflichtungen im Hinblick auf die Beendigung und Umkehrung des Protektionismus und die weitere Öffnung der Märkte, insbesondere in Bereichen, die für Entwicklungsländer von Interesse sind, in die Praxis umsetzen. Eine solche Verbesserung des Marktzutritts kann durch entsprechende Strukturanpassungen in den Entwicklungsländern erleichtert werden. Die Entwicklungsländer sollen von ihnen begonnene wirtschaftliche Reformen und Strukturanpassungen fortsetzen. Besonders vordringlich sind demnach die Verbesserung der Marktzugangsbedingungen für Rohstoffe ...“ und 2.37: „... wichtigstes Ziel wäre die Vereinfachung oder Beseitigung der Beschränkungen, Vorschriften und Formalitäten, welche in vielen Entwicklungsländern die Gründung und Führung von Unternehmen erschweren, verteuern und verzögern ...“

Auch die neuen Texte lassen Schlimmes befürchten. Jahrelang forderten Umweltverbände, Grüne und Teile der SPD die Verabschiedung einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie (1997/98 noch „Nationaler Umweltplan“ genannt). Die Agenda 21, das Abschlußdokument der Weltkonferenz in Rio 1992, forderte alle Staaten auf, solches zu tun. Im Jahr 2001 endlich agierte die Bundesregierung – und schnell war das Werk vollendet.

Und für welchen Fischer stimmst du, fragte die Sardine den Hering.

Ein Blick hinein überrascht zunächst: „Zugleich soll das Gesetz ermöglichen, dass bereits im Inland befindliche Extremisten besser erkannt und ihre Aktivitäten rascher unterbunden werden können. Dazu sollen unter anderem biometrische Merkmale in Pässe und Personalausweise aufgenommen, den Sicherheitsbehörden mehr sicherheitsrelevante Daten zur Verfügung gestellt, identitätssichernde Maßnahmen im Visumsverfahren verbessert, die Kontrollen von Personen mit sicherheitsrelevanten Tätigkeiten verstärkt, Grenzkontrollmöglichkeiten verbessert und die Aktivitäten extremistischer Ausländervereine in Deutschland schneller unterbunden werden. ... Neben der Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit erfordert Nachhaltige Entwicklung einen Rechtsstaat, der Freiheit sichert. Sicherheit im Innern und nach außen ist ein wichtiger Beitrag zu Lebensqualität und sozialem Zusammenhalt.“ (Seite 24/25)

Das Zitat zeigt, wie platt teilweise unter grünem Mäntelchen die brutale Wirklichkeit versteckt wird – Otto Schilys Sicherheitspaket als Nachhaltigkeitsstrategie, denn „Sicherheit im Innern und nach außen ist ein wichtiger Beitrag zu Lebensqualität und sozialem Zusammenhalt“. Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie ist das aktuellste Werk der Debatte. Schon die Entstehung zeigte das Besondere: Beteiligt sind alle Ministerien, die Umweltverbände, viele Institute und Prominente. Modernes Regieren schafft Integrationsplätze. Die Idee des „Governance“, des scheinbaren Verschwimmens der Grenzen zwischen Regierenden und Regierten, schimmert deutlich durch. Viel deutlicher als die Umweltverbände enttarnt Achim Brunnengräber, Mitarbeiter von MdB Ernst-Ulrich von Weizsäcker, den Sinn des Papieres: „Allem Anschein nach hat die Nachhaltigkeitsstrategie ein ganz anderes Ziel. Sie wird zu einer Öffentlichkeitskampagne, durch die die „Reformen“ sozial-ökologisch geschickt vermarktet werden sollen. Sie dürfte vor allem auf der partizipativen Ebene Erfolg haben (Stichwort „symbolische Politik“), neue inhaltliche Maßstäbe werden dadurch nicht gesetzt. Das wird auch gar nicht gewünscht. Rio+10 ist nur ein kleiner Aspekt der viel umfangreicheren

Zitat aus:
 Achim Brunnengräber, „Rio+10 – nur Schaufenster nationaler Nachhaltigkeit?“, in: Ökologisches Wirtschaften 1/2002, S. 8

Ulrike Eberle
Das Nachhaltigkeitszeichen: Ein Instrument zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung?
 (2001, Öko-Institut in Freiburg, 263 S.)
 Kann es ein Nachhaltigkeitszeichen geben, das die komplexen und vielfachen Elemente der Nachhaltigkeit zusammenfassend bewertet? Die Studie des Instituts wägt die Möglichkeiten ab und beantwortet die Frage positiv – allerdings werden Qualitätskriterien an ein solches Zeichen benannt. Ebenfalls wird über Marktchancen berichtet, an Produktbeispiele werden Einsatzgebiete aufgezeigt. Die grundsätzliche Fragwürdigkeit des Nachhaltigkeitsansatzes wird allerdings verschwiegen.

Es wird niemals so viel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd.
 (Otto Fürst von Bismarck)

Und die Umweltverbände, Medien & Co.?

Die protestieren nicht etwa, sondern spielen das Spiel mit. Zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie schreiben BUND, NABU und DNR am 13.3.2002: „Die drei Vorsitzenden der Umweltverbände und Mitglieder im nationalen Nachhaltigkeitsrat, Hubert Weinzierl (Deutscher Naturschutzring), Angelika Zahrt (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) und Jochen Flasbarth (Naturschutzbund), begrüßten am Mittwoch den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.“ Detailkritik äußern sie nur bei Fragen zum Arten- und Klimaschutz und setzen damit fort, was seit Anfang der 90er Jahre ihr Stil außerparlamentarischer Arbeit ist: Beratung für Regierungen zu sein, die besseren Vorschläge für die Lösung gesellschaftlicher Fragen zu machen unter voller Akzeptanz der herrschenden Verhältnisse und der ausführenden Institutionen.

Und noch schlimmer: Eigentlich könnte jeder Gipfel die Chance bieten, klare Positionen vorzubringen. Doch davon ist weit und breit nicht zu sehen. Stattdessen bereiten sich die NGOs auf ihr Randdasein in Johannesburg vor. An den Tischen der Mächtigen zu sitzen, ist für sie gut geübt

„Wer die Wahl hat – hat die Qual“, sagt man. Wähler sollten sich also nicht wundern wenn sie nach Wahlen Qualen auszustehen haben.
 Willy Meurer (*1934), M.H.R. (Member of the Human Race)



Was soll Nachhaltigkeit?

Die Debatte um Nachhaltigkeit verfolgt andere Ziele als meist angegeben. Sie ist eine der ältesten ideologischen Grundlagen für die Zuspitzung von Herrschaftsverhältnissen, für die Legitimierung der Dominanz westlicher Lebensmodelle und für die Schein-Integration kritischer Stimmen in das große, gemeinsame Projekt einer Erneuerung der Welt. Die Nachhaltigkeit ist älter als die erst in den letzten Jahren entstandenen Debatten um Freiheit durch Sicherheit, Menschenrechte durch humanitäre Kriege und Wohlstand durch Ausgrenzung. Diese Debatten aber haben wichtige gemeinsame Grundlagen – sie dienen der Verklärung von Herrschaftsinteressen und der Modernisierung von Politik und Zugriffsrechten auf Mensch und Natur. Und sie sind Teil des ideologischen Kampfes zwischen den

zu eigenen Aktivitäten hinreißen lassen, wird es noch düsterer – fast immer bleiben sie hinter den Positionen der Regierenden zurück. So hat der BUND zusammen mit NGOs und Gruppen aus anderen Ländern einen Vorschlag für ein Beschlußpapier vorgelegt, die Erd-Charta.

Nach einigen Einführungskapiteln finden sich im Kern der Texte etliche herrschaftsstützende Positionen sowie, hier zu Beginn zitiert, die Forderung nach einer neuen Spiritualität: „Die Lebensfähigkeit, Vielfalt und Schönheit der Erde zu schützen, ist eine heilige Pflicht.“ (Präambel) und „Die Bedeutung der moralischen und spirituellen Bildung für einen nachhaltigen Lebensstil anerkennen.“ (Punkt 14.d)

Die Erdcharta blendet Herrschaftsverhältnisse komplett aus und bezieht sich positiv auf den Nationalstaat und ihr Handeln, Völker statt Menschen stehen im Mittelpunkt: „Die Erd-Charta ... soll ein verbindlicher Vertrag der Völker auf der ganzen Welt werden.“ (Einführung in der deutschen Broschüre)

„Das Entstehen einer weltweiten Zivilgesellschaft schafft neue Möglichkeiten, eine demokratische und humane Weltordnung aufzubauen.“ (Präambel) „Alle militärischen Aktivitäten, die die Umwelt schädigen, vermeiden.“ (Punkt 6.e)

„Gegenseitiges Verstehen, Solidarität und Zusammenarbeit unter allen Völkern und innerhalb und zwischen den Nationen ermutigen und unterstützen.“ (Punkt 16.a) Der nachhaltige Lebensstil wird zur neuen weltweiten Leitkultur: „Für das ethische Fundament der entstehenden Weltgemeinschaft brauchen wir dringende eine gemeinsame Vision von Grundwerten. Darum formulieren wir in gemeinsamer Hoffnung die folgenden eng zusammenhängenden Grundsätze für einen nachhaltigen Lebensstil. Es sind Leitlinien

Joachim Betz/Stefan Brüne
Neues Jahrbuch Dritte Welt
 (2001, Leske+Budrich in Opladen, 190 S., 24,80 DM)
 Der Titel ist irreführend, es geht (wie im Untertitel auch be-

regierungen vor allem der Industriestaaten, um internationale Konkurrenz und Einflußsphären. Dieses ist gar kein Geheimnis und keine abstruse Verschwörungstheorie. Wer es wissen will, muß nur lesen, z.B. in Texten von Michael Müller, Vize-Fraktionschef der SPD im Bundestag und Präsidiumsmitglied im Deutschen Naturschutzring. Als Vorsitzendes der Kommission „Aufbruch 21“ hat er dem DNR eine auf Nachhaltigkeit getrimmte Programmatik verpaßt. Michael Müller und Ulla Burchardt, beide SPD-MdBs, schreiben in der FR vom 17.4.2002: „Die Leitidee der

nen, von Organisationen, Unternehmen, Regierungen und internationalen Einrichtungen.“ (Präambel)

Auch die klassische und alte, längst tausendfach widerlegte, antiemanzipatorische Position vom umweltgefährdenden Bevölkerungswachstum findet sich neu aufgewärmt in der Erdcharta: „Ein beispielloses Bevölkerungswachstum hat die ökologischen und sozialen Systeme überlastet.“ (Präambel)

Vielleicht glaubt manch einer immer noch, Nachhaltigkeit sei eine gute Idee, die konkrete Politik der Nachhaltigkeit aber schlecht gemacht, und fragt: „Was hat globaler Kapitalismus, was haben Kriege und Ausbeutung mit Nachhaltigkeit zu tun? Müßte Nachhaltigkeit nicht der Versuch sein, soziale und ökologische Anforderungen in Einklang zu bringen?“ Doch wer so fragt, hat noch nicht durchschaut, was die Nachhaltigkeitsdebatte soll. Sie ist das

Zitate aus der Agenda 21



Umweltbundesamt
Ziele für die Umweltqualität
 (2000, Erich-Schmidt-Verlag in Berlin, 179 S.)
 Welche Umweltziele können formuliert werden, woraus sind sie abzuleiten und wie entfalten sie Wirkung z.B. in Planungen? Diesen Fragen gehen die AutorInnen des Umweltbundesamtes im vorliegenden Band nach. In Gesetzen wird nach Formulierungen gesucht, ebenso werden Standards, Grenzwerten usw. daraufhin untersucht, wie weit sie als Qualitätsziele taugen. Die Schwierigkeit einer solchen Verobjektivierung von Umwelt wird offensichtlich – das Gegenmodell eines selbstbestimmten Umgangs mit Natur (Demokratisierung von Flächen- und Ressourcenverbrauch) wird nicht erwäht.

spricht Kapitel 24 nur von der „aktiven Einbeziehung der Frau“. In Kapitel 25 wird gefordert, die Jugendlichen aktiv an Entscheidungsprozessen zu „beteiligen“. Mit den NGOs soll es nach Kapitel 27 „eine möglichst intensive Kommunikation und Zusammenarbeit geben“ und die Arbeitnehmer (Kapitel 29) sollen „umfassend ... beteiligt werden“. Am dramatischsten ist die Formulierung bei den Ureinwohnern: „26.1 ... Indigene Bevölkerungsgruppen ... Ihre Fähigkeit zur uneingeschränkten Mitwirkung an einem auf eine nachhaltige Ent-

nachhaltigen Entwicklung ist schon deshalb von großer, ja strategischer Bedeutung, weil sie die wichtigste Antwort auf die Herausforderung der neoliberalen Globalisierung ist. Sie ist zuerst ein europäisches Konzept. Denn mit ihr verbinden sich sich drei große Ideen der europäischen Moderne: Gerechtigkeit, Demokratie und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Nicht von ungefähr kamen die wichtigsten Impulse von den drei europäischen Regierungschefs Olof Palme, Willy Brandt und Gro Harlem Brundtland. Das Konzept hat in den letzten Jahren weiter an Bedeutung gewonnen. Nachhaltigkeit ist die wichtigste Alternative zu einem US-Unilateralismus, der auf militärische Stärke setzt und die Welt den Interessen der Wall Street unterordnet. Sie setzt dagegen auf

Schmieröl der Modernisierung von Herrschaftsverwertungsprozessen. Macht macht Sinn, wieder schon das Richtige versucht, nur nicht mit Erfolg. PolitikerInnen und KonzernchefInnen sind ebenso wenig VersagerInnen wie LohnarbeiterInnen, Familienvorstände, LehrerInnen, Vorgesetzte usw. – sie agieren funktional, sie werden ihrer Rolle im System durchaus gerecht. Sie tun das, was die Rahmenbedingungen ermöglichen oder erzwingen und das soziale Umfeld von ihnen erwartet. Herrschaft ist nicht neutral. Herrschaft ist immer nachhaltig im Sinne von dauerhaft und wirksam. Das ist nicht die Lösung, sondern das Problem.

Standardkultur

wicklung ausgerichteten Umgang mit ihrem Land hat sich aufgrund wirtschaftlicher, sozialer und historischer Faktoren bisher als begrenzt erwiesen.“ Folglich soll ihre Rolle „angepaßt“ werden.

Atom- und Gentechnik

„22.4 Die Staaten sollen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den einschlägigen internationalen Organisationen, ... eine sichere Zwischenlagerung, Beförderung und Endlagerung radioaktiver Abfälle sowie zur Endlagerung vorgesehener abgeklungener Strahlungsquellen und abgebrannter Kernelemente aus Kernreaktoren in allen Ländern, insbesondere aber in den Entwicklungsländern, durch Erleichterung der Transfer einschlägiger Technologien an diese Länder und/oder durch Rückgabe der Strahlungsquellen an den Lieferanten nach beendetem Gebrauch ... fördern; ...“ Grund: „Mit zunehmender Zahl neu in Betrieb genommener Kernkraftwerke ... nehmen diese Abfallmengen zu“.

Kapitel 16 bewirbt die Biotechnologie: „Als innovativer, wissenschaftlicher Forschungsbereich bietet sie eine Vielzahl nützlicher Verfahrenstechnologien für vom Menschen vorgenommene Veränderungen der DNS (Erbgut), oder des genetischen Materials in Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen, deren Ergebnis überaus nützliche Produkte und Technologien sind“.

mehr Partnerschaft, mehr Demokratie und mehr Mitverantwortung. Mit ihr kann Europa eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der Globalisierung einnehmen, statt an den Rand gedrängt zu werden. ... Der Europäische Rat hat die Nachhaltigkeit zum Leitziel der EU ausgerufen. Damit kann Europa – wie schon beim Kyoto-Prozess – eine entscheidende Vorreiterrolle einnehmen. Deshalb ist es so wichtig, dass die Bundesrepublik, als das wirtschaftlich stärkste Land der Europäischen Union, sich an die Spitze der Nachhaltigkeitsdebatte stellt. Nachhaltigkeit ist kein theoretischer Ansatz mehr. Denke global und handele lokal, regional und national – das ist die politische Maxime, um Europa zu behaupten ...“

Herde: „Es kommt aber mehr darauf an, im Kleinen etwas zu verändern – statt nur vom Großen zu reden“



Es keinen immer zu glauben würde Richtiges versucht, nur nicht mit Erfolg. PolitikerInnen und KonzernchefInnen sind ebenso wenig VersagerInnen wie LohnarbeiterInnen, Familienvorstände, LehrerInnen, Vorgesetzte usw. – sie agieren funktional, sie werden ihrer Rolle im System durchaus gerecht. Sie tun das, was die Rahmenbedingungen ermöglichen oder erzwingen und das soziale Umfeld von ihnen erwartet. Herrschaft ist nicht neutral. Herrschaft ist immer nachhaltig im Sinne von dauerhaft und wirksam. Das ist nicht die Lösung, sondern das Problem.

Widerstand ist Mehr als Wahlboykott!



Hinweis Repressionsbehörden:
All das ist kein Aufruf zu Straftaten, sondern der Versuch aufzuzeigen, von welchen Gefahren Wahlen bedroht sind und geschieht daher zum Schutz der freiheitlich demokratischen Rechtsordnung.

Direkte Aktion Wahlboykott & Wahlen

Das Konzept von direkter Aktion verbindet Widerstand und theoretische Vision. Gut ausgedachte und durchgeführte direkte Aktionen, Formen eines unmittelbar widerständigen Handelns sind hilfreich, um Normalität zu durchbrechen. Im besten Fall wird der alltägliche Trott in Frage gestellt, es entsteht Verwirrung, Neugier oder auch Wut, auf der eine inhaltliche Vermittlung ansetzen kann. Durch die Aktion wird also ein Raum (Erregungskorridor) geschaffen, in dem herrschaftsfeindliche Positionen einbringen und Diskussionen anstoßen können. Mehr zu diesem Konzept findet ihr in „Ziele und Mittel der direkten Aktion“ auf Seite ...

Die Botschaft der Baumfrau

(2000, Riemann/Bertelsmann Verlag, 255 S.)
Ein sehr persönliches Buch aus der Feder der Frau, die mit ihrer zweijährigen Baumbesetzung berühmt wurde – und der Holzfirma Pacific Lumber ein Stück Wald abtrotzte. Das Buch macht Mut, wenn auch unüberschaubar ist, daß die Erfolgsbilanz mehr moralisch und persönlich orientiert ist. Tatsächlich war die Rettung des Baumes „Luna“ und des Waldstücks nur ein Stich gegen die Rodung – aber immerhin. Die spirituelle Basis und die Überhöhung des Erfolgs vernebeln leider den Blick. Ein typisches Buch in dieser Buchreihe, die ökologische, ökospirituelle und globalisierungskritische Themen aufweist, allerdings meist mit schwacher politischer Analyse.

Beteiligt! Aber wie?

(Bericht 36/2000 der Evang. Akademie Loccum, 104 S.)
Der Tagungsband einer Veranstaltung bringt verschiedene Texte zusammen, die keine Handlungsanleitungen, sondern einen Überblick über die Formen von Beteiligungen bringen, die zur Zeit üblich oder in der Diskussion sind. Vor allem in den Workshops wurden auch Vorschläge zu Verbesserungen gesammelt – ansonsten bietet der Band aber eher eine einfache Übersicht als tiefergehende Vorschläge. Was völlig fehlt, sind weitergehende Formen – Autonomie, Selbstbestimmung usw. kommen nicht vor.

ein wenig Phantasie, Mut und Menschen, die ihre Ideen gemeinsam umsetzen. Es muß keine riesige Aktion sein, viele kleinere, die im Alltag ansetzen, können auch das Bewusstsein von Menschen verändern. Die folgenden Aktionsvorschläge sind das Ergebnis von Brainstormings auf verschiedenen Treffen. Wichtig dabei ist: Direkte Aktionen sind nur ein Element von emanzipatorischem Widerstand. Weitere, ebenso bedeutsame Teile sind Gegenöffentlichkeit, der Aufbau von Freiräumen, Selbstorganisation in Alltag und Politik und mehr.

Anti-Wahl-Aktionstage vom 13.-15. September

Als Rahmen für ein Feuerwerk kreativer Aktionen überall, unter einem Motto, das Kritik und Vision vereint, z.B. „Stimme erheben statt abgeben“. Der Widerstand sollte sich daher nicht auf Wahlen beschränken, sondern z.B. auch Lohnarbeit, Umwelterstörung und die Logiken von Herrschaft im Alltag angreifen, immer in Verbindung mit Gegenentwürfen. Es gibt keine einheitliche Kampagne, sondern eine gebündelte Vielfalt, bei der die unterschiedlichen Positionen zugelassen werden. Dazu gehört eine gemeinsame Darstellung durch die Verknüpfung der Vielfalt im Internet, durch den Aufruf, die Vorbereitung usw. Über die offene Presseplattform im Internet sowie in den regionalen Schwerpunkten machen die Gruppen und AkteurInnen ihre eigene Pressearbeit. Grundsätzlich sind alle Aktionsformen denkbar, schön wären solche, die das Motto anschaulich umsetzen, z.B. RTS, Häuserbesetzungen als Freiräume. Oder das Aneignen von Flächen in der Fußgängerzone, dazu Schilder „Sie verlassen den demokratischen Sektor“, „Hier endet Deutschland“ und dort dann visionäre Dinge andeuten: Liegestühle, Tanzen, ErfinderInnen-Ecke mit Technik für ein besseres Leben. Höhepunkte des 14.9. könnten z.B. ein bunter Anti-Wahl-Block auf der Attac/DGB Pro-Demokratie-Demo plus Aktionen rundherum in Köln und ein druckvoll-kreativer Aktionstag gegen staatlichen Rassismus in Gießen sein.

Wahllokale zum Aktionsort machen

Variante 1: Wahlkabinen/-lokale besetzen
Ab in die Wahlkabine ... auf die klassische Art, also mit mit Transpi, möglicherweise angekettet oder mit Picknickkorb, gemütlich machen, Frühstück in der Wahlkabine aufbauen usw. Warten, bis WahlhelferInnen dich ansprechen, dann sofort vermitteln: „Lassen sie nur ... ich muß erst einmal kucken, wen ich da wählen soll, die sind alle so ähnlich.“ Oder kombiniert mit verstecktem Theater: Irgendwann geht eine weitere Person in eine andere Kabine; ihr fangt ein lautes Gespräch über den Unsinn des Wählens an: „Wen wählst du denn?“ – „Schwierig, die machen alle das gleiche: uns regieren – das ist das Problem.“ Oder WahlhelferInnen ansprechen: „Also, hier kann ich wählen, ja? Ich wollte mich mal beraten lassen. Ich suche eine Partei, die gegen Herrschaft ist.“

Variante 2: Wahllokale zur Bühne verwandeln

Tumult in Wahllokale bringen und Diskussionen anstiften durch verstecktes Theater:
Zweigeschlechtlichkeit überschreiben?
Speicherplatz für freie Vereinbarungen freigeben?
Wollen Sie den Widerstand im Alltag hochladen?

Ihr geht als „normal“ aussehende Leuten rein, eine Hälfte wollen wählen, andere Gruppe will nicht wählen, ein Streit beginnt („Ach Wählen bringt doch nichts ... kein Bock mehr, regiert zu werden“). Am Ende läßt sich Gruppe 1 davon überzeugen nicht zu wählen und statt dessen für ein schönes Leben aktiv zu werden. Dabei so verhalten, dass unbeteiligte Menschen möglichst mit einbezogen werden, ihr gemeinsam über Demokratiekritik usw. diskutiert. Und dann auf ins nächste Wahllokal!

Wichtiger Hinweis für Aktionen

Bei allen Aktionen auf die Banneinbestimmung achten: In der Nähe eines Wahllokals dürfen wohl keine direkten Aussagen zur Wahl gemacht werden in Form von Infoständen o.ä. Störung von Wahlen ist eigener Straftatbestand. Also gut überlegen oder subversiv nutzen. In der Nacht vor der Wahl könnte z.B. das Wahllokal mit Propagandasprüchen für alle Parteien (Verstoß gegen das Werbeverbot in unmittelbarer Nähe des Wahllokals) voll gesprüht werden.

Wahlkabine verschönern
Wahlkabinen mit Aufklebern und Zetteln übersäen. Dabei ist es möglich, sowohl Zettel mit Anti-Wahl-sprüchen zu verkleben. Gewitzter wäre eine als amtliche Mitteilung aufgemachte „Wahlanleitung“, die zum ungültig wählen provoziert (z.B. „Unterstreichen sie die zwei KandidInnen, die ihnen am besten gefallen“, drei Kreuze erlaubt usw.). Wichtig ist nachher eine inhaltliche Vermittlung, z.B. eine Pressemitteilung.

VISIONEN VON HERRSCHAFTSFREIHEIT

Utopiedebatte anzetteln, Freiräume schaffen, Aktionsformen entwickeln
Neben der konkreten Ebene des Handelns gehört die offensive Debatte um Utopien und Alternativen zu einem emanzipatorischen Widerstand. Das wirkt einerseits intern, treibt es doch den Prozeß in Gruppen und Projekten voran, immer wieder kreative, neue Wege zu entwickeln.

Internet
Utopien: www.thur.de/philo/ku1.htm
Debatte um Visionen: www.projektwerkstatt.de/herrschaft
Direkte Aktion: www.projektwerkstatt.de/da
Materialien: www.projektwerkstatt.de/materialien, u.a.:
Reader „Ökonomie von unten“ und „Herrschaft ausmachen!“
Buch „Freie Menschen in Freien Vereinbarungen“
Einige Contrast- und Ö-Punkte-Ausgaben
Direct-Action-Fibel

Von „sofort“ bis zu „nach der Revolution“

Emanzipation als Überwindung von Herrschaftsverhältnissen und gesellschaftlichen Konstruktionen ist ein immerwährender Prozeß. Eine Debatte, die sich immer wieder an der Praxis mißt, ohne durch das scheinbar nur „Machbare“ ausgebremst zu wer-

Vor Wahllokal stellen mit Kasse und für das Wählen Geld kassieren, Motto: „Was nichts kostet ist nichts wert.“ Die, die über Produktionsmittel, Macht und Kapital verfügen, haben ja auch sonst das meiste zu sagen – warum nicht auch bei Wahlen?! Und irgend wann gehen die Stimmen aus ... alle aufgekauft von den Reichen.

Kommunikationsguerilla, Subversion

Initiative „Pro-Wahl“
Ihr gründet eine Bürgerinitiative „Pro-Wahl“, die während der Wahl(r)ampfphase mit Pressemitteilungen, Infoständen in die öffentliche Debatte eingreift. Gegenüber BürgerInnen total überzeichnet, aber ernsthaft argumentieren, als wärt ihr die überzeugtesten DemokratInnen schlechthin: „Auch nach diesen Wahlen wird sich an Umwelterstörung, Krieg und weltweiter Armut nichts verändern. Gerade deshalb ist es

Center für Civic Education

Projekt aktive Bürger

(2001, Verlag an der Ruhr, 199 S., 17,90 Euro)
Ein schönes Buch, anregend gestaltet und mit vielen praktischen Tipps für die Formen politischen Engagements, die im Rahmen der demokratischen „Normalität“ stehen. Der Hauptteil ist der Beschreibung eines Projektlaufs im Stadtteil gewidmet. Es geht um den Gruppenprozeß, also die Formulierung von Problemstellungen, die Aufnahme der Ist-Situation, Vorschläge erarbeiten und in die Öffentlichkeit bringen usw. In einem zweiten Teil wird Handwerkszeug vermittelt – Kontakte zu Parteien oder Ämtern und auf wenigen Seiten auch kurze Beschreibungen von eigenen Aktionen. Hier beschränkt sich die Spanne auf harmlose Aktionen wie Petitionen und Lichterketten. Das ist schade – selbst Straßentheater oder ähnliches fehlen, geschweige denn direkte Aktionen.

„Weder SPD, CDU, Grüne, noch PDS werden. Deshalb ist es um so wichtiger, dass Sie wählen gehen.“ Und das in einer schicken Broschüre, die ihr überall in Briefkästen wandern läßt usw. Ziel ist, die absurde Logik von Wahlen und Parlamentarismus offen zu legen, die vorgetäuschte, demokratische Freiheit zu demaskieren. (Noch verzwickter wird es, wenn ihr eine andere Gruppe eingreifen läßt, die zum Wahlboykott aufruft und euch darauf bezieht. Oder z.B. ein ‚offizielles‘ Behördenschreiben, dass absolut sachlich-neutral den Ausfall der Bundestagswahl mit der Begründung erklärt, dass es ohnehin keine wirklichen Änderungen geben würde.

Fakes

Authentische Internetseiten von SPD, Grünen & Co. berichten unverbürgt über die ‚wirklichen‘ Interessen und Küngeleien der Parteien. Die Herstellung täuschend echter Kopien ist auch bei geringen HTML-Kenntnissen problemlos. (Gute Beispiele: http://welcome.to/gastronomie-gegen-nato, www.afghanistankrieg.de). Infostände von Parteien mit überzeichneten Slogans können sehr wirksam sein. Allerdings greifen diese Aktionen für sich stehend nur einzelne Parteien an, die systemkritische Ebene fehlt.



wenn die Vermittlung dafür auch erfolgt.

– Organisation von unten: Auch die internen Strukturen können Ort visionärer Debatten und Prozesse sein. Der Abbau von Herrschaftsverhältnissen zusammen mit der Stärkung von Selbstorganisation und freier Kooperation kann ein Stück Freiraum innerhalb von Norm(alität) und Zwang schaffen.
– Stichwort „Freiräume“: Herrschaft ist immer totalitär, sie versucht sich auszudehnen, um Kontrolle zu erreichen. Emanzipatorischer Wandel ist nur denkbar, wenn sich immer mehr Teile von Gesellschaft aus dieser Totalität von Herrschaft, von Zurechtweisung, Zwängen, Normung und direkter Unterdrückung entziehen. Freiräume können Plätze, Häuser, Gruppenstrukturen oder auch zeitlich begrenzt „befreite“ Orte wie Gratiszüge, zurückeroberte Plätze (Reclaim-the-Street u.ä.) oder Veranstaltungen sein. Wo in ihnen konsequent Herrschaft überwunden wird und die Zwangsverhältnisse von außen (Zwang zur materiellen Reproduktion im Markt, Erwartungshaltungen, Eigentumslogik und Besitzstandswahrung usw.) überwunden werden, kann der Prozeß beginnen, der Freiräume unter-

Michael Zschiesche
Einmischen!
(2001, UfU in Greifswalder Str. 4/Berlin, 85 S., 5,50 Euro)
Der Klassiker in 5. Auflage. Präzise und übersichtlich werden hier die rechtlichen Möglichkeiten der Mitbestimmung im umweltplanerischen Raum vorgestellt: Bauleitplanung, Informationsbeschaffung, Anträge, Bürgerentscheide usw.

Paul Krieger/Hans-Jürgen Hantschel
Praxisbuch Rhetorik
(2001, Falken in Niedernhausen, 272 S., 18 Euro)
Ein praxisorientiertes Buch mit zwei Hauptteilen: Gute Reden und kluge Gesprächsführung (einschließlich Konferenzen). Die verschiedenen Aspekte und Möglichkeiten werden beschrieben. Am Beginn steht eine Einleitung zu Kommunikation, am Ende einige Checklisten und Übungen.

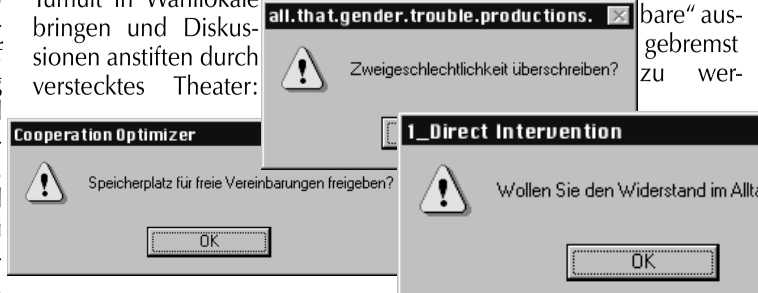
Veränderung nicht als solche zu erkennen ist! Ein schönes Beispiel für ‚Wahlwerbung‘ findet sich unter www.contrast.org/KG.

Wahlplakate verändern
Mit Minimalaufwand (Sprayschablonen und Edlings helfen...) verändert ihr die Aussagen von Wahlplakaten. Manchmal reicht ein Wort, um die Bedeutung der ursprünglichen Aussage zu verkehren. Im Vorfeld der NATO-Tagung tauchten in München z.B. massenweise Plakate mit Oberbürgermeister Ude auf, auf denen „Wir unterstützen Mieter“ in „Wir unterstützen Mörder“ verändert war. Denkbar sind Sprechblasen mit Sprüchen gegen Wahl und demokratische Herrschaft. Für eine gute KG drauf achten, dass die Veränderung nicht als solche zu erkennen ist! Ein schönes Beispiel für ‚Wahlwerbung‘ findet sich unter www.contrast.org/KG.

scheidbar macht von Norm(alität). Verbunden mit einer offensiven Auseinandersetzung sind sie zudem wichtiger Teil emanzipatorischen Widerstands.

Um Visionen zu diskutieren oder auch selbst loszulegen, um Quadratmeter für Quadratmeter der Normalität die Freiräume abzukämpfen, braucht keine Wartezeit mehr. Insofern ist auch die Debatte um Reform oder Revolution die falsche Fragestellung. Es geht nicht um „Alles“ oder „Nichts“, sondern darum, mit allen Handlungen von unserer internen Struktur und Alltagsgestaltung bis zu direkten Aktion die Kritik an Herrschaftsverhältnissen zu verbinden. Was Herrschaft fördert, also z.B. hierarchische Organisationsformen, mehr Staat, Markt oder andere Gewaltverhältnisse, ist falsch – egal ob als Reform oder Revolution gedacht. Was befreit, Selbstentfaltung und

Gleichberechtigung fördert, Handlungsmöglichkeiten erweitert und Staat sowie Gewaltverhältnisse schwächt, ist ein Baustein emanzipatorischer Politik!



Wahlveranstaltungen „sprengen“
 Wahlveranstaltungen zu verhindern erweist sich aufgrund verstärkter Sicherheitsvorkehrungen als schwierig. Viel weniger Aufwand entsteht für euch, wenn ihr als „Fans“ der jeweiligen PolitikerInnen auftaucht: Mit Jubelorgeln, endlosem Applaus und Sprechchören ist schon so manche Wahlveranstaltung vor Ort gesprengt worden, weil die RednerInnen irgendwann entnervt aufgeben. Andere bevorzugen Farbbeutel.

Weitere Ideen vor, während & nach der Wahl

Trauermärsche
 Während der letzten Hochrechnungen wandert ihr als Trauermärsche durch eure Stadt (mit Abstecher zu Wahlparties?), um zu beklagen, dass sich wieder mal nichts geändert hat und so viele Menschen auf den Wahlquark herein gefallen sind. Nach der Wahl eine Schweigedemo machen, Mänder symbolisch zu kleben, Motto: „Wir haben unsere Stimme abgegeben, jetzt haben wir nichts mehr zu sagen!“ Oder auch schon vorher in Ämtern, Behörden latschen und rumnerven: „Wo kann ich hier meine Stimme abgeben? Hab ich denn überhaupt noch was zu sagen?“

Die Alternative wäre, einige Tage vor der Wahl eine etwas andere Prozession durchzuführen: Die Demokratie beerdigen ... für selbstbestimmtes Leben!

Wahlparties „angreifen“

Wahlparties (nach der Wahl) stören, vor allem in größeren Städten. Sehr witzig wäre, dort alle Fernseher lahmzulegen, zuzukleben, zu übermalen – natürlich mit inhaltlicher Vermittlung.

Anti-Wahlparties

Organisiert Parties, Konzerte u.ä. mit freiem Eintritt für abgerissene Wahlplakate, Fotos von subversive veränderten Plakaten oder nicht-abgegebene Wahlzettel usw. Oder am Wahltag offensiv zum Picknick im Grünen, zum Schwimmen einladen.

Selber kandidieren

Du stellst dich selbst zur Wahl und nutzt die massive Öffentlichkeit, um gegen Stimmabgabe, Demokratie usw. anzustänkern. Vorsicht: nicht zu ernst nehmen, sonst landest du doch noch in den Fängen des Parlamentarismus ...

Das heißt diese Wahl weil sie alle meine Feinde sind

Zuschrift von Hans Söllner auf die Frage zu seiner Einstellung zu Wahlen ...

arbeit.schule.kaufzwang.trostlosigkeit.patriarchat.

Normalität



Direkte Aktion öffnet Erregungskorridore für eure Visionen!



Interne Dominanzen abbauen, Kreativität fördern

Entscheidungsfindung von unten

Fast wie ein „Naturgesetz“ durchziehen formale (Vorstand, Koordinationsgruppe, Moderation usw.) und informelle (Dominanzen, intransparente Zirkel und Entscheidungsverfahren) Hierarchien bestehende Gruppen, Verbände, Vernetzungen und Aktionen mit ihren Plena, Informationsflüssen und Entscheidungsabläufen. Fast alle Versuche, sie zu beseitigen oder zu überwinden, enden nach kurzer Zeit erfolglos oder tauschen eine Hierarchieform gegen die nächste. „Von unten“ als Prozeß gleichberechtigter und autonomer Menschen sowie gleichberechtigter, autonom agierender Gruppen und Zusammenhängen findet nicht oder kaum statt.

nicht von selbst, sondern bedarf konkreter Handlungsformen. Die wichtigste Forderung ist, überhaupt mit dem Probieren, kreativen Denken und Experimentieren mit hierarchiefreien Diskussionsformen usw. zu beginnen, damit ein Know-How, ein Erfahrungsschatz von Möglichkeiten entsteht – zum Prozeß gehört auch die ständige Reflexion und Weiterentwicklung der angewendeten Methoden sowie der eingegangenen Vereinbarungen. Sie sind Hilfsmittel – der Zweck ist die Schaffung von Gleichberechtigung, Selbstentfaltungsmöglichkeiten für alle, angstlose Kommunikation und Kooperation. Dafür sind wichtig:

- Transparenz: Nicht alles an politischer Arbeit und Aktionen ist geeignet, öffentlich kundzutun. Was nicht innerhalb eines Aktionszusammenhangs transparent ist, kann aber auch nicht dessen Aktion sein – sondern ist autonom durchgeführte Aktion einer Teilgruppe, die dafür ihre eigenen Entscheidungen trifft. Ansonsten gilt: Jedes Mehr an Transparenz, angefangen vom Wissen um Diskussionsprozesse, interne Strukturen bis zum Zugang zu Wissen, Know-How und Ressourcen dient auf dem Abbau von Dominanzen.
- Keine Abstimmungen aller: Wichtig ist die Autonomie der Einzelnen und der Teilgruppen, d.h. es gibt keinen Zwang zur Einigung, wohl aber die Möglichkeit. Was gemeinsam läuft, soll aus dem Willen dazu entstehen, nicht aus der Norm. Konkret gehört hierzu, Entscheidungen und Aktivitäten zu dezentralisieren sowie zentrale Gremien wie Vorstände, Koordinierungskreise oder Plena zu entmachten. Die Entmachtung des Plenums ist nicht zu verwechseln mit Vereinzelung und Nebeneinander. Ganz im Gegenteil: Dort, wo kein Zwang zur Gemeinsamkeit besteht, kann Gemeinsames aus dem Willen der autonomen Teile des Ganzen wachsen – eben, in dem sich viele zusammmentun, die eine Idee gemeinsam verfolgen wollen. Nötig dazu sind keine Abstimmungen, sondern die Transparenz, wer welche Ideen verfolgt und wo Mitwirkung möglich ist.
- Kooperationen fördern: Kooperation und Austausch entsteht nicht immer von selbst. Es sollte aktiv und kreativ Formen gefunden werden, wie diese zwischen Gruppen entstehen können: Plena, Infowände, Mailinglisten, Rundbriefe, Zeitungen, Internetseiten, Vernetzungstreffen nach Open-Space – diese und mehr Möglichkeiten stehen zur Wahl.
- Rücksicht auf die Aktionsmöglichkeiten anderer autonomer Teilgruppen: Die Autonomie der handlungsfähigen Teilgruppen muß dort zu Abstimmungsprozessen führen, wo die Autonomie anderer Gruppen eingeschränkt wird. Dafür treten die jeweils betroffenen Gruppen in Kontakt und einigen sich direkt. Das Plena und andere Austauschstrukturen dienen hier wiederum nur der Transparenzmachung solcher Konflikte oder Kollisionen (z.B. im Rahmen von Aktionen, wenn unterschiedliche Aktionen gleichzeitig und am gleichen Ort stattfinden würden, die sich ausschließen).
- Gleichberechtigte Diskussionsverfahren entwickeln, also keine Führungspersonen, keine Moderation, keine Räte: Jede Form von Delegation der Führung oder auch Gruppenprozeß-Steuerung schafft Ungleichheiten. Daher sind alle Formen von herausgehobenen Gremien oder Personen zu vermeiden – unabhängig von ihrer genauen Rolle und ihrem Titel. Vorstände, Kommissionen, Koordinationsgruppen, SprecherInnenräte, ModeratorInnen: Sie alle sind eine „Wichtigleute“-Ebene gegenüber den anderen. In der Regel sind ihre Entscheidungen zudem nicht transparent. Solche herausgehobenen Stellungen sind überflüssig, es gibt genügend andere Mittel in Entscheidungsprozessen und zum Abbau informeller Hierarchien.

– Gleichberechtigung als Prozeß aller: Nicht irgendwelche Gremien oder Gruppenprozeß-Steuernde (wie ModeratorInnen), sondern alle Menschen sind gleichberechtigt „zuständig“ dafür, daß der Gruppenprozeß gleichberechtigt läuft. Die Idee ist, daß alle gleichberechtigt auf die Form gleichberechtigter Gruppenprozesse achten. Dafür ist wichtig, daß sich die Gruppe Dominanzverhältnisse klar macht und vereinbart, daß alle darauf achten. Das kann auch in völlig neuen Gruppen, z.B. einmaligen Arbeitsgruppen auf Seminaren oder größeren Treffen, geschehen – meist reichen 5-10 min zu Beginn, um zu vereinbaren, daß gleichberechtigte Diskussionsstrukturen angestrebt werden und alle darauf achten, daß z.B. Meldungen von Leuten berücksichtigt, Dominanzen offengelegt werden usw.

– Direkte Intervention statt Stellvertretung: Falsch ist es, Plena oder Gremien durch die Übertragung von Aufgaben wichtig zu machen, die auch direkt geklärt werden können. Hierzu gehören z.B. die Organisation reproduktiver Arbeiten oder das Einschreiten gegen Dominanz, Diskriminierung oder Übergriffe. Das Plenum sollte klären, daß es die Aufgabe aller ist, emanzipatorische Prozesse direkt durchzusetzen. Damit ist nicht in erster Linie die Anwendung von direkter Gewalt, sondern das „Sich-kümmern“, und „Sich-Positionieren“ gemeint. Beispiel: Wenn jedes sexistische oder rassistische Verhalten sofort auf den Protest vieler trifft und die Person(en), von der es ausgeht, kritisiert und zur Diskussion gezwungen wird, wird ein solches Verhalten viel eher zu verändern sein als dann, wenn solche Themen immer vertagt und auf scheinbar wichtige Gremien verlagert werden – mal abgesehen von der dort schwierigen Diskussionsform wegen des völlig unpassenden Rahmens.

Emanzipatorischer Widerstand kann die eigenen Zusammenhänge nicht auslassen – die Zeiten qualender Plena, intransparenter Machtzirkel, der Neigung zu zentralen Strukturen oder Entscheidungen, der Stellvertretungspolitik in der Bewegung und des dominanzbildenden Gegeneinanders tritt die freie Vereinbarung, das horizontale, gleichberechtigtes Miteinander, die Dezentralisierung von Entscheidungen, das konsequente Ringen um Transparenz und gleichberechtigten Zugang zu Wissen und Ressourcen in politischen Zusammenhängen, aber auch die Effizienz der Idee „Jeder Mensch ist einE ExperteIn“, – umgesetzt in einer kreativen Organisierung von unten!

Vorschläge

Wer Dominanzabbau und den Aufbau herrschaftsfreier will, darf nicht auf den spektakulären Einzelfall oder die bürokratische Verregelung schielen, sondern auf die Entwicklung eines kontinuierlichen Prozesses. Dieser entsteht

Alltag und Widerstand



Alltag und Politik zu trennen, ist falsch. Aus vielen Gründen. Nicht nur deshalb, weil der Alltag zum Leben dazugehört und sich die Frage stellt, warum wir gerade da, wo wir den größten Gestaltungsspielraum haben, auf emanzipatorische Ziele verzichten sollten – zumal uns eine zumindest teilweise Überwindung von Herrschaftsverhältnissen und den Zwängen z.B. marktorientierter Reproduktion oder Abhängigkeit von Staat, ArbeitgeberIn oder VermieterInnen erhebliche Gewinne an Handlungsfähigkeit bringen kann. Nein ... den Alltag zum Ort von kreativem Widerstand und visionärer Debatte zu machen ist vor allem deshalb schlaue, weil er immer und überall vorhanden ist. Der Streß materieller Reproduktion, die Diskriminierung nach Geschlecht, Hautfarbe, Alter, Leistungsfähigkeit/-willigkeit usw., die willenlose Ergebenheit gegenüber Autoritäten und Institutionen, das Streben nach Macht und Profit, die totale Konkurrenz bis in jedes Spiel hinein – all das begegnet uns immer und überall. So grau-

Weihfeiern im Alltag ersetzt die großen, breit öffentlich angelegten Aktionen nicht, sondern ist eine eigene Aktionsform. Und sie hat viele Facetten:

– Direkte Intervention: Jede Herrschafts- bis Gewaltausübung zwischen Menschen kann und sollte Ort der direkten Intervention sein – nicht auf andere warten, nicht denken „das könnte ja auch ...“ und nicht die Bullen rufen, wenn es auch direkt geht. Doch so einfach ist das nicht: Sich bei sexistischen Übergriffen, rassistischen Pöbeleien oder den BGS-Kontrollen im Bahnhof, bei den ewigen Maßregelungen von Kindern im Zugabteil, Wartezimmer oder überall anders zu verhalten, bedarf der Vorbereitung, am besten des Trainings. Wer allein oder in der Gruppe unterwegs ist, bei Treffen, Ausbildungs-

oder Arbeitsplatz weilt – Herrschaftsausübung gibt es überall und das direkte Eingreifen schafft die Chance für kleine Prozesse bis hin zu visionären Debatten.

Direkte Aktion: Sozusagen die erweiterte Fassung der direkten Intervention ist die Idee, in die alltägliche Norm(alität) einzugreifen – also selbst den Anlaß für Debatte zu erzeugen. Das Spektrum ist hier genauso breit wie bei direkten Aktionen zu politischen Fragen: Verstecktes Theater, Kommunikationsguerilla, Militanz usw. Wichtig ist immer, daß die Aktion zielgenau ist, Inhalte vermittelt und visionäre Debatte/Herrschaftskritik mit der Detailkritik verbindet.

Alternativen für den Alltag aufbauen: Wo Alternativen zu Markt und Staat, zu Herrschaft und Diskriminierung entstehen und offensiv ausgerichtet sind (Öffentlichkeitsarbeit, Offenheit, Aktionen), können sie Norm(alität) ebenfalls in Frage stellen, Reibungs-

flächen schaffen. Zudem bilden sie Ausbruchspunkte für die eigene Einsortierung im markt- und herrschaftsförmigen Alltag. Wo umsonstläden das Schenken organisieren, wo Häuser und Projekte mit liquidiertem Eigentumsrecht entstehen, Plätze dem Konsumterror entrissen und öffentlich zugänglich werden, wo kollektive und offene Formen des Lebens und der Politik entstehen, da kommen Widerstand und Vision zu einer spannenden Mischung zusammen.



Konrad Buchwald/Wolfgang Engelhardt

Umweltschutz – Grundlagen und Praxis

(17 Bände, Economica in Bonn, insgesamt 400 E)
 Die 17 Bände sind das umfangreichste Gesamtwerk im Bereich Natur- und Umweltschutz, Landschaftsplanung usw. Nach Themen getrennt, z.T. nochmal in zwei Bände unterteilt, versuchen verschiedene AutorInnen, den großen Rahmen der jeweiligen Fragestellungen abzuhandeln. Die Reihe will ein Grundlagenwerk sein – und so sind die Texte auch geschrieben. Vorläufer des Ganzen war das vierbändige Werk „Handbuch für Planung, Gestaltung und Schutz der Umwelt“ der gleichen Herausgeber, das aus den Jahren 1978 bis 1980 stammte. Die neuen Bücher sind in der zweiten Hälfte der 90er Jahre erschienen. Ihre Texte sind gespickt mit Abbildungen, z.B. Karten, Schemazeichnungen von Verkehrskonzepten bis zu Biotopquerschnitten.

Abfallwirtschaft und Umwelt

(1998, 186 S., 25,50 E)
 Nach einer Einführung u.a. in die Geschichte der Abfallpolitik geht es zunächst um Stoffströme und Modelle für das Verständnis des Problems Abfall. In den Hauptkapiteln folgen dann technische Beschreibungen von Abfallbehandlungsanlagen sowie politische Steuerungsformen wie Abgaben oder Exportbeschränkungen.

Verkehr und Umwelt

(1999, 2 Bände, 354 bzw. 325 S., je 39,90 E)
 Die beiden kurz vor dem Abschluß der Reihe erschienenen Werke gehören zu den dicksten. Im ersten Band geht es um die Auswirkungen des Verkehrs, um ökologische Folgen und die Verkehrspolitik. Im zweiten Band steht dagegen die Planung im Vordergrund – und dort vor allem die Möglichkeiten, wo und wie landschaftsplanerische und Umweltbelange in die Verkehrsplanung einfließen können. Planungsrechtliche Regelungen, Verfahrensabläufe usw. werden präzise beschrieben. Etliche AutorInnen haben an beiden Bänden mitgewirkt.

Schutz der Meere

(1996, 2 Bände, 188/168 S., je 22,90 E)
 Die beiden Bände teilen sich nach den beiden Meeren auf, an die der deutschsprachige Raum stößt. Im ersten geht es um die Nordsee, und das Wattenmeer und sein Bedrohungen wie Gifte, Jagd, Fischerei, Militärobungen usw. sowie um Deiche und landschaftsbaulichen Küstenschutz. Im zweiten Band, zu Ostsee und Boddenlandschaft, steht der Mittelpunkt, zum anderen die Ökosysteme der Bodden und ihr Schutz.



Dreher/Faulstich/Knauer/Schenkel

Arten-, Biotop- und Landschaftsschutz

(2000, 438 S., 39,90 E)
 Das „klassische“ Thema erschien als letztes – dafür ist der Band aber auch besonders dick geworden. Geteilt ist das Buch in vier Kapitel, den Arten- und dann den Biotopschutz mit seinen ökologischen und planerischen Grundlagen, dann die Instrumente des Flächenschutzes und schließlich der internationalen Arten- und Biotopschutz.

Freizeit, Tourismus und Umwelt

(1998, 310 S., 39,80 E)
 Vierzehn Einzelkapitel reißen sich hintereinander – sie reichen vom Tourismus in Großschutzgebieten bis zu Fragen der Umweltbildung, Ungefähr die Hälfte der Texte behandelt Fragen der Planung, der Bewertung von Landschaftsräumen und methodische Fragen. Die anderen Kapitel drehen sich um große Landschaftsräume wie die Alpen oder das Wattenmeer.

Freizeit, Tourismus und Umwelt

(1999, 2 Bände, 354 bzw. 325 S., je 39,90 E)
 Die beiden kurz vor dem Abschluß der Reihe erschienenen Werke gehören zu den dicksten. Im ersten Band geht es um die Auswirkungen des Verkehrs, um ökologische Folgen und die Verkehrspolitik. Im zweiten Band steht dagegen die Planung im Vordergrund – und dort vor allem die Möglichkeiten, wo und wie landschaftsplanerische und Umweltbelange in die Verkehrsplanung einfließen können. Planungsrechtliche Regelungen, Verfahrensabläufe usw. werden präzise beschrieben. Etliche AutorInnen haben an beiden Bänden mitgewirkt.

Schutz der Meere

(1996, 2 Bände, 188/168 S., je 22,90 E)
 Die beiden Bände teilen sich nach den beiden Meeren auf, an die der deutschsprachige Raum stößt. Im ersten geht es um die Nordsee, und das Wattenmeer und sein Bedrohungen wie Gifte, Jagd, Fischerei, Militärobungen usw. sowie um Deiche und landschaftsbaulichen Küstenschutz. Im zweiten Band, zu Ostsee und Boddenlandschaft, steht der Mittelpunkt, zum anderen die Ökosysteme der Bodden und ihr Schutz.

Herrschaft ausmachen



amort
 RECYCLING-INTERNATIONAL
 Refillservice für Druckerzubehör

das Original
 seit 1989

Es kann sein, daß Sie irgendwo und irgendwann etwas günstigeres auf dem Markt finden - stellt sich die Frage, ob es auch preiswerter ist, als unsere Dienstleistung.

Rebbergstraße 30
 D-78464 Konstanz

Telefon +49 (7531) 91 50 76
 Telefax +49 (7531) 91 50 78

www.amort.de
 amort@amort.de

CAFÉ LIBERTAD
 und **ESPRESSO REBELDIA**

in biologisch-zertifizierter Qualität
 100% reiner Arabica-Hochland-Kaffee von der zapatistischen Kooperative Mut Vitz in Chiapas, México.
 Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Café LIBERTAD Kooperative
 Bahrenfelder Str. 17, 22765 Hamburg-Ottensen
 Tel./Fax: 040 - 2090 68 93 oder 880 11 61

LadenSchluss

politischer Tauschmarkt für den widerständigen Alltag

ludwigstr. 11, 35447 reiskirchen-saasen, tel: 06401 903283
 www.projektwerkstatt.de

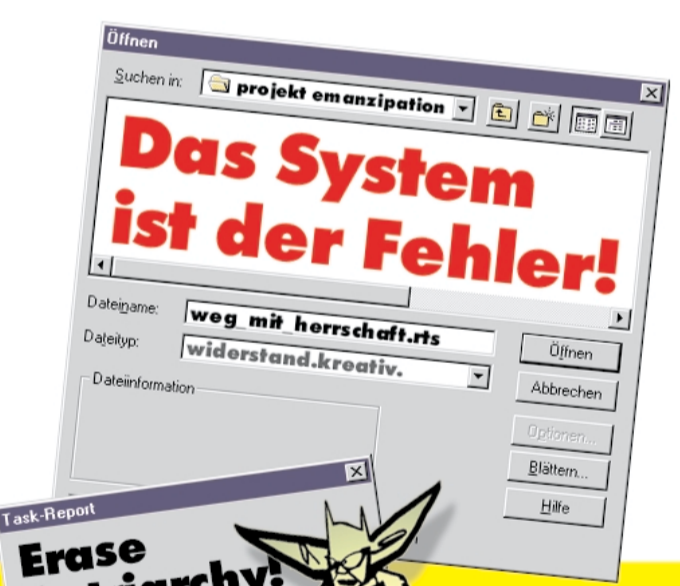
Stimme erheben statt abgeben



Wahlen angreifen



www.wahlquark.de.vu



13.-15. September Aktionstage gegen Wahl und Herrschaft

www.wahlquark.de.vu

<p>Machtnix</p> <p>Demokratie runterfahren?</p> <p>OK</p>	<p>Sie haben die Wahl!</p> <p>SPD, NPD, Nike, CDU/CSU, FDP, Altlat, DVU, BSW, Die Linke, PDS, Deutsche Bleitriker-Union</p> <p>oder</p> <p>Selbstbestimmtes Leben, herrschaftsfreie Gesellschaft, Selbstorganisation, kreativer Widerstand, Kooperation statt Konkurrenz</p> <p>Immer!</p>	<p>Machtnix</p> <p>Demokratie runterfahren?</p> <p>OK</p>	<p>Sie haben die Wahl!</p> <p>SPD, NPD, Nike, CDU/CSU, FDP, Altlat, DVU, BSW, Die Linke, PDS, Deutsche Bleitriker-Union</p> <p>oder</p> <p>Selbstbestimmtes Leben, herrschaftsfreie Gesellschaft, Selbstorganisation, kreativer Widerstand, Kooperation statt Konkurrenz</p> <p>Immer!</p>	<p>Machtnix</p> <p>Demokratie runterfahren?</p> <p>OK</p>	<p>Sie haben die Wahl!</p> <p>SPD, NPD, Nike, CDU/CSU, FDP, Altlat, DVU, BSW, Die Linke, PDS, Deutsche Bleitriker-Union</p> <p>oder</p> <p>Selbstbestimmtes Leben, herrschaftsfreie Gesellschaft, Selbstorganisation, kreativer Widerstand, Kooperation statt Konkurrenz</p> <p>Immer!</p>
--	--	--	--	--	--